

Vorbemerkung des Autors

In dem im April 1917 verfaßten Vorwort zu seiner Schrift über den Imperialismus bemerkte Lenin, er sei mit Rücksicht auf die zaristische Zensur genötigt gewesen, sich "strengstens auf die ausschließlich theoretische - insbesondere die ökonomische - Analyse zu beschränken" [1]. Die "notwendigsten Ergänzungen" versuchte er 1920 im Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe zu geben; eine Umarbeitung des ganzen Textes hielt er für unzumutbar, da die Hauptaufgabe des Buches nach wie vor dieselbe sei: "zu zeigen, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkriegs, das *Gesamtbild* der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen war" [2]. Mit diesem Ziel verband er 1917 die Hoffnung, seine Schrift werde dazu beitragen, "sich in der ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus." [3]

Der Beschränkung auf die ökonomische Seite des Imperialismus folgt auch der vorliegende Artikel, deren Behandlung darüber hinaus auf die ersten beiden der fünf Merkmale eingegrenzt wird, welche Lenin als grundlegend für die Charakterisierung des Imperialismus ansah. Diese fünf Merkmale werden in der Imperialismusschrift folgendermaßen formuliert: "1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, im Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet." [4] Die letzten drei Merkmale liefern den Zugang zur Einschätzung der imperialistischen Politik und des ersten Weltkriegs. Mit ihnen wird die internationale Aktivität des Finanzkapitals und der Monopole beschrieben, die sich in verschiedenen Formen der Expansion, der Aufteilung und Neuaufteilung der Welt (Kapitalexport, Kampf um Märkte und Rohstoffquellen, schließlich Kampf um Wirtschaftsgebiete und Territorien überhaupt) äußert. Der damit umrissene Zusammenhang zwischen der Entstehung des Finanzkapitals und dem Imperialismus als dessen charakteristischer Politik soll an dieser Stelle nicht näher untersucht werden. Lenin folgt darin J.A. Hobson [5], dessen Buch über den Imperialismus er mit besonderer Aufmerksamkeit verwertet [6] - ohne jedoch die theoretische Basis der ökonomischen Auffassungen des englischen Publizisten, die Erklärung des Kapitalüberflusses aus der beschränkten Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung, zum Ausgangspunkt seiner eigenen Überlegungen zu machen.

Die Auseinandersetzung mit den ersten beiden Merkmalen der Imperialismusdefinition Lenins hat nicht nur deshalb ein eigenes Gewicht, weil sie Voraussetzung für die Behandlung der übrigen daraus abgeleiteten Merkmale ist; mit der Behauptung, daß um die Jahrhundertwende ein neues ökonomisches Stadium begonnen hat, das bereits in einem bestimmten Gegensatz zum Kapitalismus steht und als Übergangsstadium zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation zu begreifen ist, werden grundsätzliche Probleme der Ökonomie angesprochen, die über die historische Erklärung der zum ersten Weltkrieg führenden Politik hinaus tiefgreifende Bedeutung haben. Dabei muß zunächst die Fragestellung selbst genauer umrissen werden. Wenn Lenin den Imperialismus als Monopolkapitalismus bezeichnet, so kann es nicht unmittelbar um die Frage gehen, ob es in den Jahrzehnten bis zum ersten Weltkrieg zur Herausbildung von Monopolen, Kartellen, Trusts usw. gekommen ist oder nicht. Es handelt sich zum einen darum festzustellen, wodurch sich nach Lenins Auffassung das neue ökonomische Stadium vom alten Kapitalismus qualitativ unterscheidet, und zu fragen, ob die tiefgreifenden theoretischen Folgerungen, die Lenin zieht, - auch unter der Voraussetzung der Existenz von Monopolen - berechtigt sind. Zum anderen ist der theoretische Gehalt des Begriffs der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital (des "Finanzkapitals") festzustellen und zu kritisieren. In beiden Punkten wird zudem versucht, anhand wesentlicher, von Lenin herangezogener Quellen zu überprüfen, ob mit einem Stadium des Monopolkapitalismus bzw. einer Epoche des Finanzkapitals die ökonomische Realität zutreffend erfaßt ist. Dabei soll kein abschließendes Ergebnis vorgestellt werden, sondern eine Richtung angezeigt werden, in der weitere Untersuchungen folgen müssen.

1. Das monopolistische Stadium des Kapitalismus

a) Zum Problem des "Übergangskapitalismus"

Das Ergebnis seiner Untersuchung hat Lenin selbst in einem Satz zusammengefaßt: "Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus." [7] In gewisser Hinsicht erscheint diese These leicht verständlich; sie besagt: der Kapitalismus existiert noch, er ist noch nicht gestorben; sein Ende steht zwar bevor, und die Vorzeichen seines Endes sind schon sichtbar, aber eine qualitative Änderung der Produktionsweise, durch die die Gesellschaft auf neue Grundlagen gestellt würde, steht noch aus. Ihre *Möglichkeit* reift heran, aber sie ist noch nicht Wirklichkeit geworden.

Mit der These des "Umschlagen(s) von Quantität in Qualität" [8] ist aber noch mehr gemeint, nämlich "das Umschlagen des hochentwickelten Kapitalismus in den Imperialismus" [9], das zeitlich etwa mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zusammenfällt und damit bereits das Stadium des Übergangs einleitet. Dieselbe neue Qualität, die dem Inhalt nach in der Negation des Kapitalismus und im Übergang zum Sozialismus besteht, ist also schon *Wirklichkeit* geworden, sie besteht darin, daß sich "auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden" [10]. Damit hat die wirkliche Negation des Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus schon begonnen; es ist eine "Art neue Gesellschaftsordnung" entstanden, "die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet" [11].

Im allgemeinen wird eine "neue Gesellschaftsordnung", die sich vom Kapitalismus qualitativ unterscheidet, eigene ökonomische Grundlagen haben, die im Gegensatz zu grundlegenden Eigenschaften des Kapitals stehen. Einen solchen qualitativen Unterschied hat Lenin in seiner Schrift angegeben: "Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz (...)" [12] - an einer späteren Stelle sagt Lenin: "Wie wir gesehen haben, ist die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus das Monopol." [13] Das Monopol im Unterschied zum Kapital oder als direkter Gegensatz zur Grundeigenschaft des Kapitalismus - dieses Monopol wird als "tiefste ökonomische Grundlage" der neuen Gesellschaftsordnung betrachtet, d.h. es gibt keine

tieferer Grundlage, auf der es steht, der es untergeordnet ist und von der es abhängt. Zwar ist es aus der freien Konkurrenz hervorgegangen, aber einmal entstanden, ist es an keine Bedingungen gebunden, es "bricht sich überall und mit jeglichen Mitteln Bahn" [14] - dagegen war die freie Konkurrenz an die Nichtexistenz von Monopolen gebunden und geht mit der Ausbreitung der Monopole zugrunde: denn diese Grundeigenschaft des Kapitalismus ist "unmöglich geworden (...), nachdem sie die Monopole erzeugt hat" [15]. Aus dieser Sicht sind offenbar die ökonomischen Grundlagen selbst betroffen; im Fundament der Produktionsweise hat sich ein qualitativer Umschlag vollzogen. Wenn auch die alte Grundeigenschaft des Kapitalismus noch fortexistiert, zu der das Monopol in einem "beständigen und unlösbaren Widerspruch" [16] steht; so erscheint sie doch nur noch als das "allgemeine Milieu" [17], während die Monopole "im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen" [18]. "Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewannen sie in den fortgeschrittenen Ländern das völlige Übergewicht (...)" [19]

Diese Charakterisierung des imperialistischen Stadiums bereitete Lenin, wie sich deutlicher in den Programmdebatten 1917 und 1919 zeigte, gewisse Schwierigkeiten. In beiden Fällen bekämpfte er den Versuch, den Imperialismus ausgehend von dessen eigener Grundlage, dem Monopol, zu charakterisieren und ihn so als ein einheitliches Ganzes darzustellen, d.h. das Monopol durchgängig als die tiefste Grundlage der neuen Epoche zu behandeln. Solchen Absichten hielt er entgegen: die "(...) wichtigsten und wesentlichsten Besonderheiten des Kapitalismus als einer ökonomischen Gesellschaftsordnung (...) haben sich durch den Imperialismus, die Epoche des Finanzkapitals, nicht grundsätzlich verändert (...) Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, *und er kann es auch nicht.*" [20]

Wenn es aber keine grundsätzliche Änderung des Kapitalismus gibt, dann können die Monopole nur auf derselben Grundlage agieren, die den alten Kapitalismus charakterisiert hatte, nicht aber selbst "die tiefste ökonomische Grundlage" der neuen Epoche darstellen. Wenn sie nicht fähig sind, den Kapitalismus "von Grund aus" umzugestalten, dann ist ihre Wirkung durch ihr Gegenteil, die freie Konkurrenz, begrenzt. Weit davon entfernt, sich "überall und mit jeglichen Mitteln" [21] durchzusetzen, werden sie die freie Konkurrenz nicht ablösen können, sondern unterliegen selbst ihren Wirkungen.

Diesen Schluß hat Lenin wiederum nicht gezogen, sondern sich damit begnügt, das *Nebeneinander* von Monopol und Konkurrenz zu betonen, die er beide als "Prinzipien" [22] bezeichnete, ohne eindeutig die Frage zu klären, welches von beiden dem anderen untergeordnet ist. Erst 1919 sprach er davon, daß "Imperialismus und Finanzkapitalismus ein Überbau über dem alten Kapitalismus" [23] sind, seine zerstörbare Spitze. "Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage." [24] Hier erscheint der alte Kapitalismus als das bleibende, den Wandel überdauernde "Fundament" [25].

Auch in der Imperialismusschrift selbst wird man eine Fülle von Schwankungen und Unsicherheiten feststellen können, die auch bei den schon vorgestellten Zitaten greifbar sind. So spricht Lenin nur von einer "Art" einer neuen Gesellschaftsordnung, ohne daß klar würde, wie dieser Vorbehalt zu verstehen ist. Auch an dem häufig gebrauchten Begriff der Übergangsperiode oder des Übergangskapitalismus scheint ihm etwas Falsches anzuhängen, da er sagt, "richtiger" sei die Bezeichnung "sterbender Kapitalismus" [26]. Der oben zitierten These von der Unmöglichkeit der freien Konkurrenz scheint wiederum die Feststellung zu widersprechen: "Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte." [27]

Einschränkungen ähnlicher Art hindern aber nicht, daß Lenin Inhalte von großer Tragweite formuliert, auch wenn er selbst die Konsequenzen nicht in vollem Umfang gezogen hat. Dazu gehört z. B. die folgende Aussage: "Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor 'herrscht' und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den 'Genies' der Finanzmachenschaften zufallen. Diesen Machenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den Spekulanten zugute." [28] Diese Charakterisierung des monopolistischen Stadiums ist deshalb so weitreichend, weil damit ausgesprochen wird, daß die Warenproduktion ihre kapitalistische Produktionsweise bestimmende und prägende Kraft verloren hat. Nur in der subjektiven Meinung "gilt" sie weiterhin als Grundlage, von ihrer beherrschenden Rolle läßt sich nur noch in Anführungszeichen reden. Gewiß war Lenin der Ansicht, daß die Arbeitsprodukte immer noch die Form von Waren annehmen - sie werden gekauft und verkauft -, aber diese Form schien ihm nicht mehr charakteristisch für die in Wirklichkeit herrschenden Verhältnisse. Sie ist aber charakteristisch für den Kapitalismus.

"Es sind", schreibt Marx, "zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise von vornherein auszeichnen. *Erstens.* Sie produziert ihre Produkte als Waren. Waren zu produzieren, unterscheidet sie nicht von andern Produktionsweisen; wohl aber dies, daß Ware zu sein, der beherrschende und bestimmende Charakter ihres Produkts ist. Es schließt dies zunächst ein, daß der Arbeiter selbst nur als Warenverkäufer und daher als freier Lohnarbeiter, die Arbeit also überhaupt als Lohnarbeit auftritt. Es ist nach der bisher gegebenen Entwicklung überflüssig, von neuem nachzuweisen, wie das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit den ganzen Charakter der Produktionsweise bestimmt." [29] Den zweiten Charakterzug - "die Produktion des Mehrwerts als' direkter Zweck und bestimmendes Motiv der Produktion" [30] - können wir an dieser Stelle übergehen. Schon aus dem ersten geht hervor, daß die Ware als Produkt des Kapitals produziert wird. Daraus bereits ergibt sich "die ganze Wertbestimmung und die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert" [31]. Wenn Lenin also sagt, in Wirklichkeit sei die Warenproduktion bereits untergraben, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß es nicht mehr der Wert ist, der die Produktion bestimmt und regelt [32]. An die Stelle des Wertgesetzes tritt das "Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt": darin sah Lenin "das Wesen der Sache" und "das Typische" für - in Anspielung auf den Untertitel des Werks von Hilferding - "die 'jüngste Entwicklung des Kapitalismus'" [33].

Der Hinweis auf Hilferdings Buch "Das Finanzkapital" deutet an, von welchem theoretischen Boden aus Lenin die wirtschaftliche Entwicklung seiner Zeit zu begreifen versuchte: daß die Monopole Herrschaftsorganisationen sind, die mit der Aufhebung der Konkurrenz das Wertgesetz aufheben, steht im Zentrum der Theorie des "Finanzkapitals", das Lenin als "eine höchst wertvolle 'Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus'" [34] schätzte. In Anbetracht dieses Rückgriffs auf die Theorie Hilferdings bedarf die Behauptung, daß die freie Konkurrenz durch die Monopole abgelöst wird, nicht nur der empirischen Überprüfung, sondern erfordert die Klärung der ihr zugrunde liegenden theoretischen Auffassungen. Die grundsätzliche Frage, die dabei aufgeworfen werden muß, ist nicht, ob es zu Beginn des 20. Jahrhunderts Einzelkapitale mit monopolistischer Stellung gab; selbst wenn man die Existenz von Monopolen voraussetzt, geht es um die Konsequenzen für

die Produktionsweise als Ganzes: Hat sich in den gesetzmäßigen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise eine solche Änderung vollzogen, daß nicht mehr die von Marx entwickelten Gesetze, sondern Monopole bestimmend sind? Ist eine neue Gesellschaftsordnung entstanden, die nicht durch Verwirklichung, sondern zunehmende "Untergrabung" der Warenproduktion gekennzeichnet ist?

Lenin war darum bemüht, seine Auffassung anhand vieler Zitate bürgerlicher Ökonomen zu belegen. "Um dem Leser eine möglichst gut fundierte Vorstellung vom Imperialismus zu geben, waren wir absichtlich bestrebt, möglichst viele Äußerungen bürgerlicher Ökonomen zu zitieren, die sich gezwungen sehen, besonders unbestreitbar feststehende Tatsachen aus der neuesten Ökonomik des Kapitalismus anzuerkennen." [35] Unter diesen Autoren nimmt eine besondere Rolle Fritz Kestner ein, da Lenin einige der schon genannten besonders weitreichenden Bestimmungen des monopolistischen Stadiums anhand von Äußerungen aus dessen Buch über den "Organisationszwang" belegt. Lenin zitiert: "Auch innerhalb der rein wirtschaftlichen Tätigkeit tritt eine Verschiebung vom Kaufmännischen im früheren Sinne zum Organisatorisch-Spekulativen ein. Nicht der Kaufmann kommt am besten voran, der auf Grund seiner technischen und Handelserfahrungen die Bedürfnisse der Kunden am genauesten versteht, der eine latente Nachfrage zu finden und wirksam zu erwecken vermag, sondern das spekulative Genie (!), das die organisatorische Entwicklung, die Möglichkeit der Beziehungen zwischen einzelnen Unternehmungen und zu den Banken voraus zu berechnen oder auch vorauszufühlen vermag." [36] In diesem Urteil Kestners sieht Lenin den Gedanken ausgedrückt, der Kapitalismus sei schon so weit entwickelt, "daß die Warenproduktion (...) in Wirklichkeit bereits untergraben ist" [37]; daß "das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt" das Wesen der neuen ökonomischen Verhältnisse sei, wird im Anschluß daran mit folgendem Zitat belegt: "Eine dauernde Erhöhung der Preise als Kartellwirkung ist bisher nur bei den wichtigen Produktionsmitteln, insbesondere bei Kohle, Eisen Kali, dagegen auf die Dauer niemals bei Fertigwaren zu verzeichnen gewesen. Die damit zusammenhängende Erhöhung der Rentabilität ist gleichfalls auf die Produktionsmittelindustrie beschränkt geblieben. Diese Beobachtung muß man dahin erweitern, daß die Rohstoffindustrie nicht nur hinsichtlich Einkommensbildung und Rentabilität durch die bisherige Kartellbildung zuungunsten der weiterverarbeitenden Industrie Vorteile erzielt, sondern daß sie über diese ein bei freier Konkurrenz nicht gekanntes Herrschaftsverhältnis gewonnen hat." [38] Da aus Kestners Werk nur diese beiden Stellen zitiert werden, die Lenin dennoch zu sehr allgemeinen und grundsätzlichen Bemerkungen veranlassen, erscheint eine ausführlichere Darstellung dieser Studie lohnend. Sie wird zur Beantwortung der Frage beitragen, ob Lenin die empirischen Tatsachen über die deutsche Kartellentwicklung [39] richtig eingeschätzt hat. Im nächsten Abschnitt werden deshalb - unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Kartell und Konkurrenz - Kestners Darlegungen in ihrem eigenen Zusammenhang vorgestellt.

b) Kartell und Konkurrenz (Kestner)

Die Ursachen des "Organisationszwangs"

Als das Charakteristische für alle Kartelle betrachtet Kestner die Absatzbeschränkung zwecks Erhöhung der Preise, wobei entweder nur vertraglich geregelte Preisabsprachen bestehen oder auch die Produktion selbst ausdrücklich begrenzt wird [40]. Nun sind aber die einzelnen Kartellmitglieder selbständige Kapitale, die sich bezüglich ihrer Größe, ihrer Produktivität, ihrer Zusammensetzung aus fixen und zirkulierenden Bestandteilen [41], ihrer Fähigkeit zur Akkumulation im allgemeinen beträchtlich unterscheiden. Die Absatzbeschränkung steht daher nicht nur im Widerspruch zu dem unbeschränkten Verwertungsdrang der einzelnen Kapitale, darüber hinaus wirkt sie - wie jede andere für alle verbindliche Absprache - verschieden auf die einzelnen Mitglieder, deren Verwertungsinteressen sich während der Laufzeit des Kartellvertrages mit Notwendigkeit auseinander entwickeln.

"Der Gegensatz zwischen den Interessen der einzelnen Werke dauert, wie bereits angedeutet wurde, auch nach dem Zusammenschluß des Kartells fort. Während der Absatz beschränkt wird, bleibt die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit unbeschränkt. Daraus müssen sich mit Notwendigkeit neue Konflikte ergeben. Auch nach dem Beitritt zum Kartell sieht sich der einzelne Unternehmer immer erneut vor die Frage gestellt, ob er beim Verbleiben oder beim Ausscheiden aus der Organisation einen höheren Gewinn erzielen würde. Erwartet er diesen mehr von einer Steigerung seines Absatzes als von dem Festhalten am Preise, so liegt es in seinem Interesse, der Kartellbeschränkungen ledig zu werden.

Es ist aber nun eine charakteristische Erscheinung, daß dieser Gegensatz der Interessen gerade durch die Kartellgründung an Schärfe gewinnen kann infolge der verschiedenen Wirkung, welche die durch die Kartellierung hervorgerufene Erhöhung der Rentabilität auf die einzelnen Werke des Syndikats ausübt." [42] Es kann also geradezu der Erfolg des Kartells - die Erhöhung der Profitrate - Gefahren für dessen Bestand heraufbeschwören. Wenig ausdehnungsfähige Werke können sich u.U. damit begnügen, die erhöhten Gewinne, die das Kartell ermöglicht, einzunehmen. "Als charakteristisch hierfür ist das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat anzusehen, unter dessen mächtigem Schütze eine Reihe kleinerer Zechen ohne Fortentwicklung und ohne Anstrengung in kaufmännischer oder technischer Hinsicht im Besitz einer guten Rente sich befinden." [43] Dagegen können entwicklungsfähige Werke genau umgekehrt zur Beschleunigung der Ausdehnung angeregt werden. "Als Beispiel hierfür dürfte der Stahlwerksverband gelten, bekanntlich ein fast ausschließlich aus großen gemischten Werken bestehendes Syndikat, wo die hohen Kartellgewinne aus den monopolisierten sogenannten A-Produkten - Halbzeug, Träger und Eisenbahnmateriale - zu der enormen Ausdehnung der Unternehmungen wesentlich beigetragen haben. Natürlich kann nun auch die Steigerung der Rentabilität innerhalb desselben Kartells ganz verschieden wirken, dort zu einer Saturierung, hier zur starken Anspannung führen, gleichzeitig die Vergrößerungstendenz der großen und auf der anderen Seite die Widerstandsfähigkeit der kleinen Werke verstärken." [44] Andere Formen, in denen sich der Ausdehnungsdrang der Kapitale betätigt (Umgehungen der Kartellpflicht, Fusionen innerhalb des Kartells, Kombinationen mit Werken des vorangehenden oder nachfolgenden Produktionsabschnitts) sollen hier nicht näher dargestellt werden [45]. Es geht aus dem Bisherigen hervor, daß das Kartell die ungleichmäßige Entwicklung der Einzelkapitale nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegenteil befördert und so den Konkurrenzkampf innerhalb des Kartells - z. B. in der Form des Tauziehens um Beteiligungsziffern und neue Preisgestaltung - verschärft.

Neben diese kartellinterne Konkurrenz tritt die Entstehung neuer Außenseiter als notwendige Folge der Kartellierung. Kestner hält es für charakteristisch, daß "gerade durch die Kartellierung das Entstehen neuen Wettbewerbs befördert und begünstigt wird. Dabei handelt es sich um zwei verschiedene Vorgänge (...)

1. Es ist wiederholt beobachtet worden und kann als eine allgemeine Erscheinung gelten, daß die durch die Kartellierung

bewirkte Rentabilität neue Unternehmer und neues Kapital in die Industrie hineinzieht; diese neuen Unternehmungen erscheinen zunächst als Außenseiter. Am deutlichsten hat sich das wohl bei dem Kalisyndikat gezeigt, dessen hohe Preise dauernde Neugründungen hervorriefen. 1879 gab es 4, 1886: 10, 1898: 13, 1901: 23, 1905: 44, 1909: 52 Unternehmungen [46]

2. Die mit der Kartellierung verbundenen höheren Preise führen aber nun außerdem dazu, daß die Abnehmer oder Verbraucher der kartellierten Waren, um sich von dem Syndikat unabhängig zu machen, zur eigenen Erzeugung des Materials übergehen oder sich in den Besitz von Unternehmungen des vorangehenden Produktionsabschnitts setzen, und auf diese Weise in die Gliederkette des Kartells eingreifen. Auch hier handelt es sich um einen vielfach beobachteten Vorgang, dem eine allgemeine Bedeutung zukommt" [47].

Erst diese Tendenzen, die Kestner an einem reichlichen Beispielmaterial illustriert, sind die Ursache für den sogenannten Organisationszwang, d.h. das Bestreben der Kartelle, neue Außenkonkurrenz zu verhindern, schon existierende Außenseiter auszuschalten oder zum Anschluß an das Kartell zu bewegen und nicht zuletzt die eigenen Mitglieder an der Kündigung des Kartellvertrages zu hindern. Das erste, was Kestner also darstellt, sind nicht die Methoden, zu denen das Kartell greift, - diese werden von Lenin ausschließlich angeführt - Kestner fragt sich zunächst, warum das Kartell überhaupt zu gewissen Zwangsmitteln greifen muß. Die Ursache sieht er in der Konkurrenz, die die Kartellpolitik durchkreuzt, und er versucht, genauer festzustellen, "von welchen Voraussetzungen die Entstehung der Gegensätze abhängig ist" [48]. Die allgemeine Grundlage für die Entstehung der Gegensätze besteht nach Kestners Schilderung darin, daß sich die Kapitale innerhalb und außerhalb des Kartells nach ihrer "Rentabilität", d.h. nach ihren Verwertungsmöglichkeiten richten. Sie verhalten sich wirklich als Kapitale, sie folgen dem ihnen innewohnenden Verwertungstrieb, der mit Notwendigkeit die Konkurrenz hervortreibt, die zu einer Gefahr für das Kartell wird. Der Kartellvertrag selbst - weit davon entfernt, die Konkurrenz zu beseitigen, aufzuheben oder zu ersetzen - mag sie zeitweise latent halten, auf die Dauer aktiviert und befördert er sie. Erst auf diesem Boden kapitalistischer Verhältnisse wird das verständlich, was Kestner den "Organisationszwang" nennt, die Abwehrmaßnahmen des Kartells gegen die spontan sich entwickelnde Konkurrenz. Der Charakter dieses Organisationszwangs ist von vornherein defensiv.

Die Wirksamkeit des "Organisationszwangs"

Die Methoden, mit denen das Kartell um seine Erhaltung bzw. um seinen Erfolg als Kartell kämpft, müssen sich, wie wir gesehen haben, sowohl gegen bestehende Außenseiter und die Entstehung neuer Außenkonkurrenz als auch gegen die "zentrifugalen Bestrebungen" [49] der Kartellmitglieder richten.

Betrachten wir zunächst den "internen Kartellzwang". "Die Möglichkeit, die Mitglieder zu Einhaltung der Kartellverpflichtungen zu zwingen und sie an der Lösung des Verhältnisses zu hindern, ist wesentlich durch die Gestaltung des Kartellrechts bedingt, das bekanntlich in den einzelnen Staaten äußerst verschieden ist." [50] Auf die rechtliche Seite des deutschen Kartellwesens kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden; Kestner widmet ihr einen umfangreichen Abschnitt seines Buches. Es genügt, auf eine Besonderheit des deutschen Kartellrechts zu verweisen: "Die Kartellverpflichtungen sind in Deutschland grundsätzlich ebenso klagbar wie jede andere Vertragspflicht; das deutsche Recht unterwirft sie keinen Beschränkungen; es darf direkt auf Erfüllung der Kartellpflicht oder auf Unterlassung der Zuwiderhandlung geklagt werden." [51] Im Streitfall haben die Gerichte also auf der Grundlage des Wortlauts der Kartellsatzungen geklärt, ob der Tatbestand einer Vertragsverletzung vorliegt, und entsprechend entschieden. Daneben entwickelte sich eine "kartellinterne Strafgerichtsbarkeit" [52], mit der das Kartell unter Ausschluß des Rechtswegs gegen eigene Mitglieder vorging. "Das deutsche Recht, das auch hier den Kartellen sehr günstig ist, läßt Schiedssprüche nicht nur unbedingt zu, sondern leiht ihnen auch in aller Regel die Schärfe seines Vollstreckungszwangs ohne vorherige inhaltliche Nachprüfung (...) Zu einer wirklichen Vollstreckung kommt es allerdings verhältnismäßig selten, da die Kartelle sich durch Hinterlegung von Wechsellern oder Kauttionen gegen Vertragsbrüche sichern und so bereits den Vertragswert in Händen haben, auf den sich sonst die Vollstreckung richten müßte." [53] Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung der Kartellpflichten sind vielfältig; hierzu kann unter anderem die Verpflichtung zur Anzeige von Vertragsbrüchen, Geheimhaltung des Denunzianten, Prämien für die Denunziation usw. gehören [54]. Man kann sich hier die Frage stellen, ob diese Rechtspraxis und -anschauungen aus einem hochentwickelten Kapitalismus hervorgegangen sind oder ob sie mit einer gewissen Unentwickeltheit des bürgerlichen Rechts im zweiten deutschen Kaiserreich zu tun haben.

Da auf die beschriebene Weise in der Regel keine Garantie gegen Umgehungen der Kartellpflicht erzielt werden konnte, griffen die Kartelle in wachsendem Maß zur Schaffung einer gemeinsamen Verkaufsstelle: das Kartell gab sich die Form des "Syndikats". "Das Vorhandensein einer gemeinsamen Verkaufsstelle macht sonstige Kontrollmaßregeln noch nicht überflüssig, beschränkt sie aber auf die Feststellung, ob außerhalb des Syndikats verkauft worden ist." [55] Nach dieser Auffassung war das Syndikat eine Form der Kontrolle selbständiger Privatproduzenten, deren eigenständigem Verwertungsdrang äußere Fesseln angelegt wurden. Die Zentralisierung des Verkaufs war kein Ausdruck zunehmender Vergesellschaftung der Produktion, sondern Instrument zur Disziplinierung der Kartellmitglieder, notwendig deshalb, weil die Produktion innerhalb des Kartells gerade nicht gesellschaftlich geregelt war. "Auf den Wunsch nach Kontrolle, nicht auf den Wunsch nach schärferer Spezialisierung und Konzentrierung geht, wie in systematischer Hinsicht bemerkt sein mag, im allgemeinen die Schaffung der sogenannten Kartelle höherer Ordnung zurück, wenngleich der einen oder anderen Organisation von Anfang an auch die technischen Vorteile eines solchen Verfahrens klar gewesen sein mögen." [56] Schließlich kann durch Vorteile, die sich aus dem Ausbau gemeinsam benutzter Einrichtungen (gemeinsame Einkaufsorganisation, gemeinsame Lagerhaltung usw.) ergeben, während die ursprünglich selbständige Verkaufsorganisation des einzelnen Mitglieds zerstört wird, der Austritt aus dem Kartell erschwert werden.

Was den äußeren Kartellzwang betrifft, so hat Lenin die Palette der möglichen Mittel aufgezählt [57]. Dabei handelt es sich aber nur um die Waffen gegen schon existierende Außenseiter. Um aber die Entstehung neuer Außenkonkurrenz zu verhindern, müßte das Kartell eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen ergreifen. Zum Teil betreffen sie schon die eigenen Mitglieder. Insbesondere müßte verhindert werden, daß ein Mitglied außenstehende Werke kauft oder sich an ihnen beteiligt und so dem Kartell, dem es selbst angehört, Konkurrenz macht. Umgekehrt müßte ausgeschlossen werden, daß der Betrieb eines Mitglieds - z. B. im Falle eines Konkurses - an Außenseiter oder sonstige Neuerwerber verkauft wird. Gegenüber außenstehenden Produzenten anderer Produktionszweige müßte sichergestellt werden, daß diese nicht selbst zur Produktion

der Kartellprodukte übergehen. "Um zu verhindern, daß der Kunde selbst die Produktion aufnimmt, empfiehlt Silberberg (...), dem Abnehmer vertragsmäßig zu verbieten, die betreffenden Waren selbst zu produzieren.

Bei diesen Vorbeugungsmaßnahmen dürfen sich die Kartelle nicht auf die Werke beschränken, die das Produkt gegenwärtig herstellen, sondern müssen auch die in Betracht ziehen, die vermöge ihrer Maschinenanlagen zur Erzeugung des kartellierten Produkts übergehen könnten. Ein Druckpapier-Syndikat kann ein tatsächliches Monopol nicht erreichen, solange es nicht die Fabrikanten aller Papiersorten sich gesichert hat. Die früheren Verbände für Stabeisen scheiterten hauptsächlich daran, daß, sobald der Preis zu hoch stieg, die Drahtwalzwerke daran gingen, auf ihren Straßen Stabeisen statt Draht auszuwalzen." [58] Spätestens hier, wo der Entstehung neuer Außenseiter vorzubeugen ist und die Aufgabe, die das Kartell sich damit stellt, ins Uferlose wächst, werden die Grenzen deutlich, die die kapitalistische Privatproduktion dem Erfolg des "Organisationszwangs" setzt. Kestner kommt denn auch zu dem Schluß: "Wenn man so die Kartelle allgemein in Tätigkeit sieht, die Entstehung neuer Konkurrenz zu verhindern, so sind doch der Durchführbarkeit derartiger dauernder Monopolisierungen verhältnismäßig enge Schranken gezogen. In der weit überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige und des Handels ist zwar eine vorübergehende, aber - ohne Staatshilfe - keine dauernde Monopolisierung möglich." [59] Damit bestreitet Kestner nicht den Umfang, den die Kartellbildung in Deutschland angenommen hat. Von ihm wird aber "der grundsätzliche Unterschied betont, der sich zwischen der Möglichkeit, ein Gewerbe zu kartellieren und zu monopolisieren zeigt. Die Zahl der Gewerbe, in denen sich Verbände schließen lassen, ist nach den heutigen Erfahrungen fast unbegrenzt. Monopolisieren lassen sich dagegen nur ganz wenige Gewerbe, denn dazu ist, abgesehen vom Eingreifen des Staates, in aller Regel notwendig, daß es gelingt, eines der Produktionsmittel vor jeder neuen Konkurrenz abzusperren." [60] Es mag das subjektive Ziel "der Kartelle sein, ein Monopol zu errichten; aber seiner Verwirklichung sind objektive Grenzen gesetzt. Darin ist der grundsätzliche Unterschied zu sehen, auf den Kestner hinweist.

Im letzten Satz hat Kestner die von Lenin aufgezählten Mittel im Kampf gegen Außenseiter angesprochen. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich in der Hauptsache um Sperrung irgendwelcher Reproduktionsbedingungen (Material, Arbeitskräfte, Kredit, Absatz). Auch hier stellt sich Kestner die Frage, ob diese Mittel mit Erfolg einsetzbar sind. Er argumentiert, daß die erfolgreiche Sperrung einer dieser Reproduktionsbedingungen bereits ihre Monopolisierung voraussetzt, die in der Regel nicht möglich ist. "Da, wie gezeigt, Arbeit und Zufuhr sich nicht, Absatz und Kredit kaum sperren lassen, so bleibt im wesentlichen nur die Monopolisierung von Grund und Boden übrig. Damit aber beschränkt sich dies hauptsächlich auf die an das Vorkommen von Erdschätzen gebundenen Industrien, also vor allem Kohlen- und Eisenindustrie. Daneben kann durch enorme Kapitalinvestierung mit Hilfe der beteiligten Banken die Entstehung neuer Konkurrenz wenigstens erheblich abgeschwächt werden. Auch hierbei handelt es sich aber im wesentlichen um die schwere, Produktionsmittel herstellende Industrie." [61]

Hier ist zu erwähnen, daß das Kalikartell, das ebenfalls die Monopolisierung des Bodens anstrebte, keinen erfolgreichen Kampf gegen neue Konkurrenz führen konnte. Die hohen Preise lockten, wie oben bereits bemerkt wurde, durch Jahrzehnte neue Konkurrenten an; die Kalivorkommen erwiesen sich als größer als erwartet. Meist mußten die neuen Außenseiter mit hohen Beteiligungsziffern in das Kartell aufgenommen werden. Die Außenkonkurrenz wurde dadurch "beseitigt", daß sie sich innerhalb des Kartells ausdehnte. Hier waren es charakteristischerweise die besonders entwicklungsfähigen Werke, die zur Sprengung des Kartells beitrugen.

Ferner kommt dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat insofern eine Schlüsselrolle zu, als erst mit seiner Hilfe Syndikate des nachfolgenden Produktionsabschnitts die Möglichkeit erhalten, ihren Konkurrenten, wenn nötig, die Zufuhr der Kohle zu sperren. "Nur mittels des Kohlensyndikats war es andererseits möglich, die Stahl- und Halbzeugproduktion zu dem Stahlwerkverband zusammenzuschließen - allerdings nur, indem die Freilassung insbesondere von Handelseisen, Feinblech der Ausdehnungsfähigkeit der Stahlwerke Platz ließ. Auf der Unterstützung des Kohlensyndikats beruhte und beruht das Roheisenkartell. Keines der Syndikate kann, wie es scheint, ohne das andere bestehen, vielleicht das Kohlensyndikat ohne den Stahlwerkverband, aber gewiß nicht das Roheisenkartell und der Stahlwerkverband ohne das Kohlensyndikat. Die Gefahren, die diesen Verbänden drohen, erwachsen ihnen nicht aus der Entstehung einer neuen Konkurrenz, sondern aus dem Ausdehnungsdrang ihrer eigenen Mitglieder." [62]

Vergleichen wir an dieser Stelle Kestners Ausführungen mit dem Bild, das Lenin von dem "Organisationszwang" zeichnet. Außer den Ursachen des "Organisationszwangs", der sich spontan entwickelnden Konkurrenz, hat Lenin auch den "internen Kartellzwang" nicht erwähnt, die Abwehrmaßnahmen gegen die zentrifugalen Tendenzen der selbständigen Kartellmitglieder. Diese inneren Widersprüche bilden aber erst die Basis für die Instabilität der Kartelle. Auch auf die Grenzen, denen die Wirksamkeit der Kartellmaßnahmen gegen Außenseiter unterliegen - ganz abgesehen von den beschränkten Möglichkeiten der Vorbeugung -, ist Lenin nicht eingegangen. Kestner konnte die Kartelle nicht, wie Lenin es zu tun pflegt, als "Monopolverbände" bezeichnen, da ihm die Realisierbarkeit monopolistischer Absichten als viel zu begrenzt erschien. Nach beiden Seiten - hinsichtlich der Ursachen und der Wirksamkeit - stellt sich der Kartellzwang für Kestner als ein abhängiges, durch kapitalistische Verhältnisse bedingtes und begrenztes Phänomen dar. Er ist eine Reaktion auf die spontane, kapitalistische Konkurrenz, und er bekämpft sie im allgemeinen vergeblich. Lenin dagegen nennt den Kartellzwang einen "Zwang zur Unterwerfung unter die Monopolverbände", dessen Ursache im Monopol selbst zu suchen ist, denn die mit gewaltsamen Mitteln ausgeübte Herrschaft ist das, "was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist" [63]. Es zeigt sich hierin die Auffassung, daß das Monopol auf keiner tieferen Grundlage steht, der es untergeordnet ist und die seine Wirkungen begrenzt. Daher die "Allmacht" und selbstherrliche "Willkür" des Monopols, dessen Zwangsmaßnahmen jeden Widerstand zu brechen imstande sind: "Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen." [64]

"Untergrabung der Warenproduktion" und "Herrschaftsverhältnis"

Kestner war sich im klaren darüber, daß gerade die Darstellung des "Organisationszwangs" die kapitalistische Konkurrenz ins Licht rückt und damit "der populären Auffassung der Kartelle" [65] widersprochen wird, die dazu neigt, die Einheit der Kartelle zu betonen und die inneren Widersprüche zu übersehen. "Es ist vielleicht nicht unzutreffend zu behaupten, daß in der heutigen Kartelliteratur die Darstellung der Momente, in denen die Unternehmer zusammenwirken, einen besonders breiten Raum einnimmt - wohl zum Teil hervorgerufen durch die Betonung des Gegensatzes zu dem System des freien Wettbewerbes. Demgegenüber ermöglicht die Untersuchung des Kartellzwanges, auch die trennenden Momente, die Gegensätze in das rechte

Licht zu rücken, und man gelangt so vielleicht dazu, in das viel gemalte Bild der Kartellbewegung einige neue Züge einzuzeichnen." [66]

Den Unterschied zwischen dem "Kartellsystem" und dem "System des freien Wettbewerbes" sah Kestner in zwei Punkten. Erstens: "die Änderung der Methoden (...), die das Kartellsystem für die Austragung der Interessengegensätze zwischen den bisher konkurrierenden Unternehmern ausgebildet hat"; zweitens: "die Änderungen, die es in ihrem Verhältnis zu den Abnehmern bewirkt" [67].

Der erste Unterschied ist "gewissermaßen ein quantitativer, kein qualitativer" [68]; Kestner versucht ihn als "das Vordringen der juristisch-spekulativen Tätigkeit neben der Ausgestaltung der Produktionstechnik und Absatzorganisation" [69] zu charakterisieren. Er meint damit, daß infolge des Kartellwesens rechtliche Fragen an Bedeutung gewinnen, daß nämlich beim Abschluß, bei der Auslegung oder der Umgehung von Kartellverträgen Fähigkeiten und Kenntnisse juristischer Natur verlangt werden und schließlich auch das Vermögen, zukünftige Gruppierungen bei der Kartellbildung vorauszusehen. Lenin, der - wie wir gesehen haben - sein Augenmerk ausschließlich auf die Änderung der Methoden richtet, übersetzte diese Kennzeichnung des Kartellwesens mit der "Untergrabung der Warenproduktion". Kestner, der mit der Beschreibung der Ursachen und der Grenzen des "Organisationszwangs" gerade das Wirken der kapitalistischen Konkurrenz vorführt, meinte eher das Gegenteil. Indem er den Unterschied zwischen "Kartellsystem" und "freiem Wettbewerb" auf eine Änderung der Methoden, zu denen die Konkurrenten greifen, eingrenzte, bestritt er dessen grundsätzlichen ökonomischen Charakter.

Den zweiten Unterschied sieht Kestner in den kollektiven Vereinbarungen, die die Kartelle treffen, und in langfristigen Geschäftsabschlüssen. Wo die Monopolstellung das zuläßt, sichern sich die Kartelle in den Lieferbedingungen einseitige Vorteile auf Kosten ihrer Abnehmer (Exklusivklausel: die Abnehmer dürfen nur beim Kartell kaufen; Ausschluß der Haftung für die Qualität der Ware; Vorbehalt einseitiger Preiserhöhungen u. a. m.). Die Abhängigkeit, die in diesen einseitigen Verträgen zum Ausdruck kommt, hat Kestner als "Herrschaftsverhältnis" [70] bezeichnet, das die Rohstoffindustrie über die weiterverarbeitende Industrie gewonnen hat. Nach Kestners Auffassung entsteht dieses Herrschaftsverhältnis aber gerade dadurch, daß die weiterverarbeitenden Industriezweige, die auf Kohle und Eisen angewiesen sind, ihrerseits gegenüber der Rohstoffindustrie zu keiner entsprechenden Monopolstellung in der Lage sind. Es ist also eingegrenzt im wesentlichen auf die an Erdschätze gebundenen Zweige und bedingt dadurch, daß weite Bereiche der Industrie von der Möglichkeit einer Monopolisierung ausgeschlossen sind.

Es kommt hier nicht darauf an, die Richtigkeit des von Kestner gezeichneten Bildes im einzelnen zu überprüfen. Eine Einschätzung der Kartellbewegung in Deutschland muß weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Aber im Gegensatz zu der "populären Auffassung der Kartelle" kommt Kestner das Verdienst zu, das Verhältnis der Kartelle zu den kapitalistischen Bedingungen, denen sie unterworfen sind, untersucht zu haben. Es ist bemerkenswert, daß Lenin aus dieser Untersuchung keine Folgerungen zieht, sondern nur vereinzelt Gedanken zur Illustration seiner eigenen theoretischen Auffassung heranzieht. Unter der Voraussetzung, daß die Konkurrenz nur noch als formal anerkannter Rahmen [71] bestehen bleibt, innerhalb dessen sich die Monopole Bahn brechen, waren Kestners Überlegungen in ihrem eigenen inneren Zusammenhang nicht verwendbar. Denn die absolute, an keine weiteren Bedingungen geknüpfte Voraussetzung, von der Kestner ausgeht, ist der Verwertungstrieb des Kapitals und die ihm notwendig entspringende Konkurrenz. Durch sie ist der Organisationszwang bedingt, und erst auf ihrem Boden ist er zu verstehen. Es handelt sich um Abwehrmaßnahmen, um äußere Fesseln, die das Kartell der freien Bewegung der Kapitale anzulegen versucht. Wie begrenzt deren Wirkung ist, hat Kestner erläutert. Lenin hat es unternommen, die Beschränkung der Konkurrenz durch allmächtige Monopolverbände mit Hilfe einer Studie zu illustrieren, die als Grundlage ihrer Argumentation die Beschränktheit der Kartellpolitik infolge der kapitalistischen Konkurrenz hat. Das verweist darauf, daß der entscheidende Rückhalt für seine Auffassung vom Monopolkapitalismus nicht aus dem von Kestner gebotenen empirischen Material stammen konnte, sondern im Bereich seiner allgemeinen theoretischen Voraussetzungen gesucht werden muß, die eine bestimmte Sicht des Verhältnisses von Monopol und Konkurrenz bedingten. Lenins theoretisches Verständnis der freien Konkurrenz weist auf alte Fehler hin, die Marx ausführlicher in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" kritisiert und denen er dort, aber auch im "Kapital", seine eigene Auffassung entgegengestellt hatte.

c) Marx zur "freien Konkurrenz"

Die Existenz einer allgemeinen Mehrwertrate, die Marx bei der Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit voraussetzt, veranlaßte ihn zu folgender Bemerkung: "Dies setzt Konkurrenz unter den Arbeitern voraus und Ausgleichung durch ihre beständige Auswanderung aus einer Produktionssphäre in die andere. Solch eine allgemeine Rate des Mehrwerts - der Tendenz nach, wie alle ökonomischen Gesetze - ist von uns als theoretische Vereinfachung vorausgesetzt; in Wirklichkeit aber ist sie tatsächliche Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, obgleich mehr oder minder gehemmt durch praktische Friktionen, die mehr oder minder bedeutende lokale Differenzen hervorbringen, wie z. B. die Heimatsgesetzgebung (settlement laws) für die Ackerbautagelöhner in England. Aber in der Theorie wird vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln. In der Wirklichkeit besteht immer nur Annäherung; aber diese Annäherung ist um so größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist." [72]

Marx geht hier von zwei Seiten auf die Existenz einer allgemeinen Mehrwertrate ein. In der Theorie wird vorausgesetzt, daß sich die ökonomischen Gesetze rein entwickeln, und damit wird auch eine allgemeine Mehrwertrate vorausgesetzt. In der Wirklichkeit setzt dies Konkurrenz unter den Arbeitern voraus und ihre freie Bewegung von einer Sphäre in die andere. Das Ergebnis beider Voraussetzungen ist aber dasselbe: in der Theorie wird die allgemeine Mehrwertrate als Gesetz formuliert, in der Wirklichkeit *erscheint* eine in allen Zweigen gleiche Mehrwertrate als praktisches Resultat der Konkurrenz. Wenn man also voraussetzt, daß die Konkurrenz ihre volle Wirkung getan hat, so kann ihr Resultat dem Inhalt nach kein anderes sein als das, was unabhängig von der Konkurrenz als Gesetz formuliert wird. "Begrifflich ist die Konkurrenz nichts anderes als die innere Natur des Kapitals, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innere Tendenz als äußerliche Notwendigkeit." [73]

Welche Rolle spielen nun die Hindernisse, die "praktischen Friktionen", die der freien Bewegung im Wege stehen und sie hemmen? Zunächst scheint die freie Konkurrenz - angesichts dieser Hindernisse - an äußere Voraussetzungen gebunden, die

unabhängig vom Kapital vorhanden sein können oder auch nicht, von denen es aber abhängt, ob die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise mittels der Konkurrenz durchsetzbar sind oder nicht. Die freie Konkurrenz scheint abzuhängen von dem - mehr oder weniger zufälligen - Fehlen von Hindernissen. Fehlen jegliche Hindernisse, dann kann sich die Konkurrenz frei entfalten, und die Gesetze können sich verwirklichen. Treten Hindernisse auf, dann wird die Konkurrenz beschritten, und die Gesetze verwirklichen sich nur begrenzt. Nehmen die Hindernisse zu, dann nimmt die Konkurrenz ab, und mit ihr schwindet der Realitätsgehalt der Gesetze dahin.

Von der von Marx erwähnten Heimatsgesetzgebung bis zum Stahlwerkverband gibt es natürlich eine kaum überschaubare Vielfalt von Hindernissen. Wenn man die Existenz der freien Konkurrenz nun mit dem Fehlen von Hindernissen begründet, so erscheint die theoretische Annahme von Marx, daß die Gesetze sich rein entwickeln, als recht willkürlich. Was Marx hier in der Theorie voraussetzt, soll zum Ausdruck bringen, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich als notwendige Tendenzen wirklich durchsetzen. Ist aber die freie Konkurrenz nur die Folge des Fehlens von Schranken, dann wird die *Notwendigkeit* selbst, mit der sich die Gesetze durchsetzen, in Frage gestellt. Vielmehr erscheinen die Gesetze selbst als Folge der Freiheit der Konkurrenz, als abhängig davon, ob Konkurrenz ohne Einschränkung existiert oder nicht.

In Lenins Schrift "Karl Marx" drückt sich dasselbe Verständnis der Konkurrenz darin aus, daß z. B. das Gesetz des Ausgleichs der Profitraten aus der freien Konkurrenz abgeleitet wird. Lenin schreibt: "Kapital von 'hoher organischer Zusammensetzung' (d.h. mit Überwiegen des konstanten Kapitals über das variable in einem den gesellschaftlichen Durchschnitt übersteigenden Ausmaß) ergibt eine Profitrate, die niedriger ist als die durchschnittliche. Kapital von 'niedriger organischer Zusammensetzung' ergibt eine Profitrate, die höher ist als die durchschnittliche. Die Konkurrenz zwischen den Kapitalen, ihr freies Abwandern aus einem Produktionszweig in den anderen gleichen in beiden Fällen die Profitrate zur durchschnittlichen aus. Die Summe der Werte aller Waren einer gegebenen Gesellschaft fällt mit der Summe der Warenpreise zusammen; aber in den einzelnen Unternehmungen und in den einzelnen Produktionszweigen werden die Waren unter dem Einfluß der Konkurrenz nicht zu ihren Werten verkauft, sondern zu den Produktionspreisen, die dem aufgewandten Kapital plus Durchschnittsprofit gleich sind." [74]

Die einzige Erklärung, die Lenin hier für den Durchschnittsprofit gibt, ist der Einfluß der Konkurrenz, die freie Wanderung der Kapitale. Damit ist aber weder erklärt, welche Profithöhe sich als Resultat der Ausgleichsbewegungen einstellt, noch, warum dieses Ergebnis mit Notwendigkeit (als Folge der inneren Natur des Kapitals) zustande kommen muß. Die Höhe der "allgemeinen Profitrate wird unabhängig von der Konkurrenz durch das Verhältnis des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts zum gesellschaftlichen Gesamtkapital bestimmt; als durchschnittliche Rate des Profits ist sie zugleich die *notwendige* Profitrate, weil in ihr der Profit wirklich als vom Kapital (nicht von den Arbeitern) produziert erscheint, indem gleiche vorgeschossenen Wertgrößen (unabhängig von ihrer organischen Zusammensetzung aus konstantem und variablem Kapital) gleich große Profite liefern. In ihr manifestiert sich die Herrschaft des Werts und damit des Kapitals über den Reproduktionsprozeß und über den Arbeiter und verwirklicht sich die *Selbstverwertung* des Werts. Die Konkurrenz ihrerseits wird von dieser Notwendigkeit der allgemeinen Profitrate bestimmt. Indem sie ungleiche Profitraten ausgleicht, führt sie das Gesetz aus, erklärt es aber nicht." (...) indem wir von einer notwendigen Rate des Profits sprechen, wollen wir eben die von den Bewegungen der Konkurrenz unabhängige Profitrate kennen, welche ihrerseits die Konkurrenz reguliert." [75]

In Lenins Darstellung erscheint das Gesetz des Durchschnittsprofits nur als Ergebnis der freien Konkurrenz, d. h. die Notwendigkeit der allgemeinen Profitrate scheint sich aus der Möglichkeit freier, unbeschränkter Wanderung der Kapitale zu ergeben. Wenn Lenin auch in der Imperialismusschrift nicht ausdrücklich zum Gesetz der allgemeinen Profitrate Stellung nimmt, so steht doch - nach der in "Karl Marx" gegebenen Erläuterung - einer Beschneidung dieses Gesetzes nichts entgegen, sobald die freie Konkurrenz "unmöglich geworden ist, nachdem sie die Monopole erzeugt hat" [76]. Seit die Monopole zu Beginn des 20. Jahrhunderts "das völlige Übergewicht" [77] gewonnen haben, schwindet "der Kapitalismus der freien Konkurrenz" [78] dahin; daß nun der Wert die Produktion nicht mehr bestimmen und regeln kann, erscheint dann als eine konsequente Folgerung, - ein Gedanke, den Lenin in der Form zum Ausdruck bringt, daß die Warenproduktion "in Wirklichkeit bereits untergraben ist" [79].

Marx hat dieses Verständnis der freien Konkurrenz direkt kritisiert; "Die freie Konkurrenz (...) ist noch nie entwickelt worden von den Ökonomen, soviel von ihr geschwätzt wird und so sehr sie die Grundlage der ganzen bürgerlichen, auf dem Kapital beruhenden Produktion. Sie ist nur negativ verstanden worden: d.h. als Negation von Monopolen, Korporationen, gesetzlichen Regulationen etc. Als Negation der feudalen Produktion. Sie muß aber doch auch etwas *für sich* sein, da bloß 0 leere Negation ist, Abstrahieren von einer Schranke, die z. B. in der Form von Monopol, natürlichen Monopolen etc. sofort wieder aufersteht." [80]

Dieses nur negative, inhaltslose Verständnis, das die von Marx kritisierten bürgerlichen Ökonomen von der freien Konkurrenz haben, erklärt sich in gewissem Grade daraus, daß die Konkurrenz sich historisch im Niederreißen feudaler Beschränkungen entwickelte. Daß diese Auffassung dennoch unzureichend ist, zeigen die Monopole, eine Schranke, die auch nach der Negation feudaler Behinderungen "sofort wieder aufersteht". Es ist nur eine inhaltslose Tautologie zu sagen, daß die Konkurrenz dann frei ist, wenn sie auf keine Schranken trifft; mit dem Gedanken, daß die ökonomischen Gesetze sich *deshalb* verwirklichen, *weil* die Konkurrenz keine Schranken hat, erhält diese Tautologie nur den Schein einer inhaltlichen Begründung. Daß im Sinne von Marx die Konkurrenz auch "etwas für sich" ist, ihren eigenen, positiv bestimmten Inhalt hat, wurde bereits festgestellt: sie ist "nichts anderes als die innere Natur des Kapitals, seine wesentliche Bestimmung". Darüber hinaus ist sie die Form, in der sich dieser Inhalt als notwendige Tendenz verwirklicht: "die innere Natur des Kapitals, (...) erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innere Tendenz als äußerliche Notwendigkeit" [81].

Die volle Existenz dieser Form - uneingeschränkte Konkurrenz - ist zwar eine Bedingung für die Verwirklichung der inneren Natur des Kapitals, aber die immanenten Gesetze des Kapitals wären überhaupt keine Gesetze - sich mit Notwendigkeit realisierende Tendenzen -, wenn sie nicht auch die Bedingungen ihrer Verwirklichung schaffen würden. Die uneingeschränkte Konkurrenz gehört daher zu den "Verwirklichungsbedingungen des Kapitals, die es selbst mehr und mehr produzieren muß" [82], sie ist "darum nicht die Voraussetzung für die Wahrheit der ökonomischen Gesetze, sondern die Folge - die Erscheinungsform, worin sich ihre Notwendigkeit realisiert." [83] Freie Konkurrenz bedeutet daher nicht eine bloße Abstraktion von Schranken oder Abwesenheit von Monopolen als gedachte oder zufällig gegebene Voraussetzung für die Realität der Gesetze, sondern schließt die Tendenz der Überwindung gegebener Schranken und Befreiung von Hindernissen

ein. Als solche bringt sie die innere Notwendigkeit, die in den Gesetzen des Kapitals theoretisch formuliert wird, in der Wirklichkeit als äußere Notwendigkeit zum Ausdruck. In diesem Sinne sagt Marx über das Gesetz der allgemeinen Profitrate: "Es ist die stete Tendenz der Kapitale, durch die Konkurrenz diese Ausgleichung in der Verteilung des vom Gesamtkapital erzeugten Mehrwerts zu bewirken und alle Hindernisse dieser Ausgleichung zu überwäligen." [84] Dieses positive Verständnis der Konkurrenz hat gleichzeitig Konsequenzen für die Rolle, die die Einzelkapitale spielen. Der einzelne Kapitalist - auch das Kartell - scheint zunächst durchaus selbständig und souverän zu agieren. Er strebt nicht von sich aus danach, die Waren zu ihrem Produktionspreis zu verkaufen oder bloß denselben Profit wie alle anderen zu machen, sondern er versucht mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, so hoch wie möglich zu verkaufen, so billig wie möglich einzukaufen und größtmögliche Profite zu erzielen. Auch in der Entscheidung, was oder wieviel er produziert, scheint er "nur durch seine Willkür geleitet" [85]. In dieser Regellosigkeit, in der dem einzelnen Kapitalisten die Produktion überlassen bleibt, setzen sich die inneren Gesetze nur in der Form des gegenseitigen Drucks der Kapitale aufeinander durch, der dem einzelnen als von außen kommender, von anderen Kapitalisten herrührender Zwang erscheint. Die "Wirkung der einzelnen Kapitalien aufeinander bewirkt eben, daß sie als *Kapital* sich verhalten müssen; das scheinbar unabhängige Wirken der Einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist grade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes (...) und Aufheben der scheinbaren Unabhängigkeit und selbständigen Bestehens der Einzelnen." [86] Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schranken, die die Konkurrenz an Einzelkapitalen findet und die die Realisierung der Gesetze begrenzen, erweist sich damit als scheinbar, sie werden - wenigstens "soweit das Ganze der Produktion auf dem Kapital beruht" [87] - in der Tendenz aufgehoben. Zwischen dem positiven Verständnis der Konkurrenz als der Form, in der sich die inneren Gesetze mit Notwendigkeit verwirklichen, und der Aufhebung der scheinbaren Willkür und Selbständigkeit der einzelnen Kapitale besteht hier - in der Auffassung von Marx - ein enger Zusammenhang. In beidem drückt sich aus, daß die Produktion auf dem Kapital beruht und durch dessen innere Gesetze bestimmt wird. Derselbe enge Zusammenhang besteht zwischen Lenins nur negativem Verständnis der Konkurrenz und der Allmacht der Monopole. Die Vorstellung von einem monopolistischen Stadium beruht darauf, daß die Monopole eine eigenständige Grundlage dieses Stadiums darstellen, die "tiefste ökonomische Grundlage" des Imperialismus. Angesichts ihrer Existenz ist die freie Konkurrenz "unmöglich geworden", sie ist im Begriff, durch die Monopole abgelöst zu werden: "ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozeß die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole." [88] Das Kapital produziert also in immer geringerem Umfang die Bedingungen seiner eigenen Verwirklichung, der die Monopole unüberwindbare Schranken in den Weg stellen. Indem so das Monopol als ein Kapital auftritt, das die freie Konkurrenz beschneidet, aber nicht umgekehrt der Konkurrenz und damit den Gesetzen des Kapitals unterworfen wird, wird auch die scheinbare Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Einzelkapitale nicht mehr aufgehoben; die scheinbare Willkür verwandelt sich in eine wirkliche. Nicht die immanenten Gesetze erscheinen jetzt den Produktionsagenten als "übermächtige, sie willenlos beherrschende Naturgesetze" [89], vielmehr wachsen umgekehrt einige der Produktionsagenten "zu allmächtigen Monopolinhabern" [90] an. "Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen." [91] Daß diese "Art neue Gesellschaftsordnung" nicht mehr auf dem Kapital, dessen Gesetzen die Bewegung der Einzelkapitale unterworfen ist, beruht, wird an dieser Charakterisierung der Monopole deutlich.

Die positive Natur der Konkurrenz hat Kestner richtiger dargestellt, indem er sie als eine notwendige, dem Verwertungstrieb der Kapitale entspringende Tendenz zur Aufhebung der Kartelle bzw. ihrer Monopolstellung betrachtete. Aus diesem positiven Verständnis ergibt sich die defensive Natur des "Organisationszwangs", der Abwehrmaßnahmen des Kartells. Ihn als "Zwang zur Unterwerfung unter die Monopolverbände" zu bezeichnen, hat seine Wurzel in einer inhaltslosen, weil nur negativen Vorstellung von der Konkurrenz, die dem Monopol unterliegt, weil sie keinen eigenen Inhalt hat, nicht als notwendige Form und wesentliche Bestimmung des Kapitals begriffen wird.

d) Die Beschneidung objektiver Gesetze

Die Ablösung der freien Konkurrenz durch die Herrschaft der Monopole betrachtet Lenin auch als eine Folge der Konzentration, die im Bankwesen vor sich geht. In diesem Sinne zitiert er Schulze-Gävernitz: "Die Börsenherrschaft unserer Großbanken (...) ist nichts als ein Ausdruck des voll organisierten deutschen Industriestaates. Wird damit das Gebiet der automatisch wirkenden Wirtschaftsgesetze beschnitten und damit das Gebiet bewußter Regelung durch die Banken außerordentlich erweitert, so wächst damit die volkswirtschaftliche Verantwortung weniger leitender Köpfe in Ungemessene." [92] Was Lenin daran falsch findet, ist nicht die Illusion, als könnten durch die Entwicklung des Bankwesens objektive Gesetze beschnitten werden; er akzeptiert die These der "bewußten Regelung" durch die Banken. Erst bei der Frage, in wessen Interesse diese "bewußte Regelung" vorgenommen wird, beginnt seine Kritik. Er stellt fest, was Schulze-Gävernitz "zu vertuschen sucht, nämlich, daß diese 'bewußte Regelung' durch die Banken im Schröpfen des Publikums durch ein Häuflein 'voll organisiert Monopolisten besteht. [93]

Schulze-Gävernitz hat an die Konzentration der Banken Zukunftsperspektiven geknüpft, die Hilferdings Idee von einem "Generalkartell" ähnlich sind. "Mit den Bankengruppen entstehen Zentralstellen im Mittelpunkt der Volkswirtschaft (...) Diese Zentralstellen geben in wachsendem Maße den nationalen Ersparnissen die Richtung, und zwar um so stärker, je mehr die Anlagekapitalien in Effektenform, die Betriebskapitalien in Depositenform gegossen werden. Von hier aus wird das Gebiet der blind waltenden Wirtschaftsgesetze schrittweise zurückgedrängt zugunsten bewußter Anordnung - das Gebiet der Natur zugunsten des Reiches der 'Freiheit' im Sinne unserer klassischen Philosophie - auch Marxens!" [94] Die schrittweise Zurückdrängung der "blind waltenden Wirtschaftsgesetze" innerhalb des Kapitalismus - eine Prognose, die der Autor nur vermeintlich mit Marx, gewiß aber mit Hilferding teilt - findet ihre Krönung in einem Generalkartell der Banken: "Denken wir uns die aufgewiesenen Entwicklungstendenzen bis zum letzten erreicht: das Geldkapital der Nation in den Banken vereinigt, diese selbst kartellmäßig verbunden, das Anlagekapital der Nation in Effektenform gegossen (...)" [95] Volle Organisation des deutschen Industriestaats und bewußte Regelung der gesamtgesellschaftlichen Produktion durch ein Bankenkartell sind damit vollendet. Doch ausschließlich auf Marx wollte sich Schulze-Gävernitz nicht stützen; es folgt ein längeres Zitat, (das Lenin in der Imperialismusschrift wiedergibt) [96] von Saint-Simon, einem französischen Vertreter des utopischen Sozialismus, der die Banken dazu berufen sah, die gesamtgesellschaftliche Produktion zu leiten und zu regulieren. Solche Vorstellungen hatte Marx als "Illusionen über die wunderwirkende Macht des Kredit- und Bankwesens" bezeichnet, die "aus völliger Unkenntnis der

kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen (entspringen)." [97]

Aber auch Schulze-Gävernitz konnte - im Unterschied zu Hilferding, der auf seinen Geld- und Kreditillusionen ein Theoriegebäude errichtet - seiner subjektiven Begeisterung für die Macht der deutschen Banken nur in Nebenbemerkungen und speziellen Abschnitten freien Lauf lassen. Das Material, das er in seinem Buch über "die deutsche Kreditbank" liefert, untermauert seine Ahnungen von einem "Reich der Freiheit" auf dem Boden kapitalistischer Verhältnisse keineswegs. Wenn er z. B. die Möglichkeit der Reichsbank erläutert, den allgemeinen Diskontsatz festzustellen - worin sich in der Tat die besondere Macht der Zentralbank zeigt -, belehrt er den Leser: "Aber aller menschlichen Willkür - ob der Großdiskontenure, ob der Reichsbank - sind durch die allgemein wirtschaftlichen Bedingungen enge Grenzen gesetzt" - und er verweist auf die Abhängigkeit des Zinsfußes von der Konjunktur. [98] Die "Börsenherrschaft der Banken" wird daher auch mit Fragezeichen versehen: "Es ist vielleicht zuviel gesagt, von einer 'Börsenherrschaft der Großbanken zu sprechen. Aber ihr Einfluß ist weitreichend. Früher wollten die Banken als 'Reportgeber' lediglich Zins verdienen; heute treiben die Großbanken, in deren Händen sich die Reportkapitalien immer mehr sammeln, mittels der Festsetzungen der Reportbedingungen bewußte 'Reportpolitik'." [99] Das ist eine der wenigen Tatsachen, aus denen Schulze-Gävernitz auf die Beschneidung der objektiven Gesetze schließt. Das Reportgeschäft ist eine Kreditform, deren sich die Banken auf der Grundlage des Terminhandels an der Börse bedienen. Und wenn der Einfluß der Banken auf die Festlegung der Reportbedingungen zu der Hoffnung verleitet, mit dem Reportgeschäft könnten die "automatisch wirkenden Wirtschaftsgesetze beschritten" werden, so geht Schulze-Gävernitz doch keineswegs an der Tatsache vorbei, daß die Reportsätze vom Diskontsatz abhängig sind, da "der Diskontmarkt und der Reportmarkt in enger Verbindung" stehen. Aber die "Macht der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Ohnmacht menschlicher Willkür gegenüber dem Diskontsatz" war für ihn wiederum ein "sonnenklare(r) Tatbestand". [100]

Hier - in der Beschreibung von "Tatbeständen", nicht in dem Traum von einer schrittweisen Zurückdrängung der ökonomischen Gesetze befindet sich der Autor der "deutschen Kreditbank" in Übereinstimmung mit Marx, der seinerseits die Abhängigkeit des Zinsfußes vom industriellen Zyklus dargestellt hat, und hier verlieren sich die empirischen Belege und Anlässe für die Behauptung, daß der "alte Kapitalismus (...)" von einem neuen Kapitalismus abgelöst" [101] wird, wie Lenin schreibt. Dem kritischen Leser des Buches, das einen lehrbuchartigen Abriss des deutschen Bankwesens vor dem ersten Weltkrieg gibt, stellt sich die These von einer "bewußten Regelung" der Wirtschaft und der Beschneidung ihrer objektiven Gesetze als eine äußerlich hinzugefügte Ideologie dar, als subjektive Wertung, die da anfängt, wo die Beschreibung der Tatsachen aufhört (und für die eigene Abschnitte vorgesehen sind, meist unter dem Titel: "Die volkswirtschaftliche Bedeutung (...)").

Auch Lenin hat beides voneinander getrennt: er schreibt über das Buch: "In der Art eines Lehrbuchs, nach Paragraphen, offenbar größtenteils Geschwätz und 'Systematik'. Enthält auch *Interessantes*. Völlig vom Geist des 'Imperialismus' durchdrungen." [102] Wenn man sich fragt, was Lenin bewogen hat, gerade diesen "Geist", die ideologische Bewertung der ökonomischen Entwicklung, als Beleg für "den neuen Kapitalismus mit der Herrschaft des Monopols" zu zitieren, stößt man auf die theoretischen Voraussetzungen, von denen Lenin ausging. Zum einen geht, wie wir gesehen haben, die Beschneidung der objektiven Gesetze aus dem negativen Verständnis der freien Konkurrenz direkt hervor, womit gleichzeitig der bewußten Herrschaft der Monopole Raum geschaffen wird. Auf derselben Grundlage hatte Hilferding die Entwicklung des Kapitalismus als den Weg zur Entstehung der "bewußt geregelten Gesellschaft in antagonistischer Form" [103] charakterisiert. Schulze-Gävernitz zeichnet denselben Gang der Entwicklung - es fehlt nur die "antagonistische Form". Auf dieser theoretischen Basis mußte Lenin es als zutreffend ansehen, daß "das Gebiet der automatisch wirkenden Wirtschaftsgesetze beschritten und das Gebiet bewußter Regelung durch die Banken außerordentlich erweitert wird". Seine Kritik setzt daran an, daß Schulze-Gävernitz die "antagonistische Form" nicht erwähnt, in der die bewußte Regelung vor sich geht und die "im Schröpfen des Publikums durch ein Häuflein 'voll organisierter' Monopolisten besteht".

2. Das Finanzkapital

a) Zur Definition

Als Ausgangspunkt für die Darstellung der Herrschaft des Finanzkapitals nimmt Lenin Hilferdings Definition und zitiert: "'Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie', schreibt Hilferding, 'gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.' Das Finanzkapital ist also 'Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen'." [104]

Auf den ersten Blick besteht ein Problem dieser Definition darin, daß sie - soweit sie richtig ist - zu allgemein zu sein scheint: sie gibt die allgemeine Bestimmung des zinstragenden Kapitals wieder. Geld wird verliehen, um in der Hand des Borgers als Kapital zu fungieren - d.h. den geliehenen Wert zu erhalten und zusätzlich Mehrwert zu produzieren -, so daß nach Ablauf des Verwertungsprozesses dem Geldverleiher nicht nur die geliehene Geldsumme zurückerstattet werden, sondern ein Teil des Mehrwerts (der Zins) übergeben werden kann. "Die ganze Transaktion findet nach der Voraussetzung statt zwischen zwei Sorten Kapitalisten, dem Geldkapitalisten und dem industriellen oder merkantilen Kapitalisten." [105] Die Voraussetzung war, "daß das Geld wirklich als Kapital verwandt wird." [106] Warum ein neues Wort nötig wird, um auszudrücken, daß die Banken in größerem Umfang Geld an Industrielle verleihen, läßt die Definition auf Anhieb nicht erkennen.

Falsch ist die Behauptung, daß mit der "Fixierung" des Geldkapitals in der Industrie die Bank industrieller Kapitalist wird. Industrieller Kapitalist würde die Bank dann, wenn sie ihr Geld, statt es zu verleihen, im Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften veräußern würde. In diesem Fall würde die Bank als Käufer von Waren auftreten. Ihr Geldkapital verrichtet dann eine Geldfunktion, es dient als Kaufmittel von Ware. Wenn die Bank dagegen Geld verleiht, tritt sie als Verkäufer einer Ware auf. Sie verkauft Geld als Kapital, als eine Ware, deren Gebrauchswert darin besteht, in der Hand des Industriellen, des Käufers, als Kapital zu fungieren. Zwar ist es in beiden Fällen Geldkapital, das die Bank veräußert. Aber im ersten Fall ist dieses Geldkapital ein unselbständiges Stadium im Kreislauf des industriellen Kapitals und wird ergänzt durch weitere Stadien, die Verwandlung in produktives Kapital (Produktionsmittel und Arbeitskräfte) und dann in Warenkapital - lauter Formen desselben Kapitals in der Hand desselben Besitzers. Im zweiten Fall ist das Geldkapital eine selbständige Form von Kapital,

dessen besondere Bewegungsform - das Ausleihen an andere Kapitalisten - der Inhalt eines besonderen Geschäftszweiges ist. Welche Besonderheit auch immer Hilferding mit dem Begriff des Finanzkapitals zu fassen versucht, er wiederholt den alten Fehler, "daß hierbei aber Geldkapital verwechselt wird mit moneyed capital in dem Sinn des zinstragenden Kapitals, während im ersten Sinn das Geldkapital stets nur eine Durchgangsform des Kapitals ist, als unterschieden von den ändern Formen des Kapitals, dem Warenkapital und dem produktiven Kapital". (107)

Ein zweiter Fehler kommt in dem Satz zum Ausdruck, daß das Finanzkapital "Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen" ist. Der Industrielle kann kein Kapital verwenden, über das er nicht verfügt. Zwar ist das geborgte Kapital nicht sein Eigentum, aber er hat es sich ja gerade geborgt, um darüber zu verfügen. Er verfügt eben über fremdes Eigentum. Der Kredit bietet "dem einzelnen Kapitalisten oder dem, der für einen Kapitalisten gilt, eine innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum und dadurch über fremde Arbeit". [108] Hilferding meint zusätzlich, daß die Banken als die Eigentümer des ausgeliehenen Kapitals über das in der Industrie verwendete Kapital verfügen. Denn er sagt, daß "die Abhängigkeit der Industrie von den Banken (...) die Folge der Eigentumsverhältnisse" ist. [109] Auch das ist einseitig. Die Bank ist nicht nur Kreditgeber, sondern auch Kreditnehmer. Ein großer Teil des Bankkapitals, das von den Banken zinstragend verliehen wird, ist ihnen von den Industriellen geliehen worden. Insofern "ist es falsch, die Mittel, worüber das moderne Bankwesen verfügt, bloß als die Mittel der Müßigen zu betrachten. Erstens ist es der Teil des Kapitals, den Industrielle und Kaufleute momentan unbeschäftigt in Geldform halten, als Geldreserve oder erst anzulegendes Kapital; also müßiges Kapital, aber nicht Kapital der Müßigen. Zweitens der Teil der Revenuen und Ersparungen aller, der permanent oder transitorisch für Akkumulation bestimmt ist. Und beides ist wesentlich für den Charakter des Banksystems." [110] Die Folge ist, "daß weder der Verleiher noch der Anwender dieses Kapitals dessen Eigentümer oder Produzenten sind". [111] übrigens sagt Hilferding in demselben Abschnitt richtiger: die Industriellen "erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt." Also verfügen die Industriellen doch über das Kapital, und die Bank ist nicht, sondern vertritt nur den Eigentümer. In der Definition des "Finanzkapitals" hat Hilferding dann das Richtige als das Unwesentliche weggelassen.

Infolge der genannten Fehler bekommt das "Finanzkapital", das sich ursprünglich vom zinstragenden Kapital nicht abzuheben schien, seinen besonderen Charakter. Einerseits wird die Rolle der Banken als Kreditnehmer nicht genannt und damit nach dieser Seite die Abhängigkeit des Kreditwesens vom Reproduktionsprozeß übersehen; andererseits bekommen sie als Kreditgeber Verfügungsgewalt über das industrielle Kapital. Schließlich werden die Kreditinstitute zu industriellen Kapitalisten und damit direkt in den unmittelbaren Produktionsprozeß einbezogen. Dadurch wird die abhängige Sphäre zur unabhängigen geschlagen, der Kreditüberbau zur bestimmenden Grundlage gemacht. [112]

Diese Fehler laufen alle darauf hinaus, die Grenzen, die der Macht der Banken durch den Reproduktionsprozeß gesetzt sind, in der Theorie aufzuheben und den Kredit zum bestimmenden und beherrschenden Faktor der Industrie zu erklären. "Die Macht der Banken wächst, sie werden die Gründer und schließlich die Beherrscher der Industrie." [113] Lenin sagt dasselbe mit anderen Worten: "In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Instituten entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen." [114]

Hilferdings Definition hat Lenin samt ihrer theoretischen Fehler übernommen. Er hat nur den Hinweis auf die Monopole hinzugefügt, sieht aber, daß sich auch aus dem Zusammenhang der Darstellung Hilferdings die Rolle der Monopole ergibt. Entsprechend dieser Ergänzung schreibt er: "Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie - das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs." [115] Zugeschnitten auf die Verschmelzung von Bankmonopolen und Industriemonopolen definiert er an späterer Stelle das Finanzkapital als "das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist." [116]

Von der "Verschmelzung" oder dem "Verwachsen" der Banken mit der Industrie war bisher nur in der groben Form die Rede, die über Grundtatsachen der ökonomischen Theorie hinweggeht: die Bank wird industrieller Kapitalist. Was der Begriff des "Finanzkapitals" wirklich zu bedeuten hat und welche historische Realität sich in ihm widerspiegelt, ist damit noch nicht geklärt. Den wesentlichen Hinweis darauf gibt Lenin anhand eines Zitats von Otto Jeidels, der 1905 eine Arbeit unter dem Titel "Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie" veröffentlicht hat. Hilferding, dem diese Studie bei der Ausarbeitung des "Finanzkapitals" vorlag, äußerte sich lobend [117]. Lenin sprach von "einer der besten Arbeiten über 'das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie'" [118]. "Wir halten es für notwendig", schreibt Lenin, "genau die Formulierungen von Jeidels über diese Frage anzuführen, der die Dinge am eingehendsten studiert hat." [119] Es sind zwei Erscheinungen, die Jeidels anspricht: zum einen der "universale Charakter der für die Industrie tätigen Finanzinstitute", zum anderen deren "Bestreben, die Industriebeziehungen zu fundieren auf die reguläre dauernde Geschäftsverbindung und ihnen Ausdruck und die Möglichkeit der Erweiterung und Vertiefung zu geben durch ein verzweigtes System der Besetzung von Aufsichtsratsstellen; diesen beiden Einflußsphären gegenüber tritt die Emissionstätigkeit relativ an Bedeutung für die Industriebeziehungen der Großbanken zurück. Die Verbindung mit der Industrie allgemein zu machen ist die eine, sie dauernd und intensiv zu machen die andere Tendenz (...)" [120]

b) Die Industriebeziehungen der deutschen Großbanken (Jeidels)

Im folgenden sollen die Ergebnisse und Auffassungen von Jeidels in ihren Grundzügen skizziert werden. Da die Darstellung der Geschäfte einer Universalbank nicht Jeidels' eigentliches Thema ist, sind hierzu einige Vorbemerkungen nötig.

Die Entwicklung der deutschen Banken aus Instituten mit begrenzten Tätigkeitsbereichen zu Universalbanken vollzog sich ungefähr im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Hinter der Vielseitigkeit oder dem "universalen Charakter" der Geschäfte verbergen sich im wesentlichen zwei Gruppen von Kreditgeschäften. Zum einen nahmen die Banken Depositen herein und betrieben die verschiedensten Formen kurzfristiger Kreditgeschäfte (Kontokorrentkredit, Wechselgeschäfte, pfandmäßige Bankkredite). Zum zweiten vergaben sie langfristige Kredite, die - soweit nicht auch in der Form des Kontokorrentkredits - in Form von Wertpapiergeschäften (Effektengeschäften) vor sich gingen. Das konnte zum Beispiel bei Gründung neuer Aktiengesellschaften dadurch geschehen, daß die Bank die neuen Aktien oder Obligationen (festverzinsliche Papiere)

übernahm - durch Kauf oder auf Kommission - und für ihren Verkauf an der Börse bzw. bei der eigenen Kundschaft sorgte. Ähnliche Emissionsgeschäfte konnten bei Kapitalerhöhungen, Umwandlung bestehender Privatunternehmen in Aktiengesellschaften, Sanierungen und Fusionen vorgenommen werden. Darüber hinaus handelten die Banken mit Effekten, legten Bankkapital in Effekten an und besorgten deren Aufbewahrung, Ankauf und Verkauf im Auftrag ihrer Kunden. Die zweite Gruppe, das Effektengeschäft in allen seinen Formen, machte die Banken in besonderem Maße abhängig von der Konjunktur und den Bewegungen an der Börse, aber auch von der Prosperität einzelner Industrieunternehmen, an die sie - teils freiwillig, teils unfreiwillig - für längere Zeiträume gebunden waren. Die Tendenz zu dauerhaften Geschäftsbeziehungen zur Industrie entsprang einerseits der gewöhnlichen Konkurrenz um einen festen Kundenkreis; zum ändern war sie bedingt durch das hohe Risiko langfristiger Kreditgewährung, für die es keine wertmäßigen Sicherheiten gab, da der Bankrott eines Unternehmens sowohl das industrielle Kapital wie dessen Aktien entwertete. Wenn die Bank nicht auf die Vergabe langfristiger Kredite verzichten wollte, mußte sie Formen finden, die ihr eine laufende Information über die Entwicklung des industriellen Unternehmens und zudem gegebenenfalls eine Einflußnahme auf dessen Geschäftsentscheidungen ermöglichten. Eine umfassende Überwachung des finanziellen Geschäftsverkehrs war dann möglich, wenn das betreffende industrielle Unternehmen seinen Zahlungs- und Kreditverkehr ausschließlich über eine einzige Bank abwickelte und dauerhaft mit derselben Bank verbunden blieb. Zumindest von seiten der Bank wurde eine solche Bindung dadurch ermöglicht, daß die Bank tatsächlich sämtliche Arten von Bankgeschäften anbot, für die ein Industrieunternehmen Bedarf haben konnte. Die Ausgestaltung der deutschen Banken zu Universalbanken legte erst die Basis für umfassende und langfristige Beziehungen zu industriellen Unternehmungen. Mit dem kurzfristigen Kredit- und Depositengeschäft bot die Bank die Vermittlung des gewöhnlichen Zahlungsverkehrs an, für umfassenderen Kapitalbedarf oder für außergewöhnliche Fälle wie Sanierungen, Fusionen usw. lieferte sie die entsprechenden Formen des langfristigen Kredits. Auf der Grundlage dieses universellen Angebots konnte Juidels den Grundsatz aussprechen:

"Die Banken müssen eine industrielle Unternehmung von ihrer Geburt bis zu ihrem Tod, von der Gründung bis zur Auflösung begleiten, ihr bei allen gewöhnlichen und außergewöhnlichen finanziellen Vorgängen des gewerblichen Lebens helfend und ihrerseits profitierend zur Seite stehen. Diese vollkommene Form der Verbindung zwischen Bankwelt und Industrie hat zwar viele Widerstände zu überwinden und ist noch durchaus nicht die Regel, sie ist aber in der Geschichte mancher industriellen Unternehmungen bereits deutlich zu beobachten." [121]

Welche Mittel hatte nun die Bank, die Beziehungen zu einzelnen Unternehmen dauerhaft zu machen und wie geeinigt waren sie für diesen Zweck? Als wichtigstes und grundlegendes Mittel, das zudem im weitesten Umfang anwendbar ist, sieht Juidels die reguläre Geschäftsverbindung auf Basis des Kontokorrentgeschäfts an, durch das ein laufender Einblick in die finanzielle Situation des Unternehmens möglich ist und in dessen Rahmen u. U. auch Anlegekredite gewährt werden. "(Es gibt) - wie mehrfach betont - kein besseres Mittel zur planvollen und dauerhaften Einwirkung auf eine industrielle Unternehmung und damit zur indirekten Förderung der Bank." [122] Die zweite Einflußsphäre von Bedeutung sieht Juidels in der Institution des Aufsichtsrats. "Die Banken können mit der Ausnutzung dieses Rechtsinstituts zwei Ziele verfolgen: Beziehungen zur Industrie - übrigens auch zu anderen Banken - anzuknüpfen oder einen unmittelbaren Einfluß auf Gesellschaften auszuüben, einerlei, ob sie sich dabei auf die bloße Überwachung beschränken und dafür sorgen, daß nichts gegen ihr Interesse geschieht, oder ob sie mit eigener Initiative in die Schicksale des Unternehmens eingreifen." [123] Dagegen hat nach seinen Beobachtungen die direkte Aktienbeteiligung an Industriegesellschaften nur untergeordnete Bedeutung, sie ist "keine charakteristische und nicht die gewöhnliche Form der Industriebeziehungen einer Großbank" [124] "Man wird sagen dürfen, daß dauernde Beteiligung an Industrieunternehmungen ein Mittel industrieller Konzentration und als solches Betätigungsform industrieller Unternehmungen ist, während es im Wesen der Bank liegt, nur die entsprechende Transaktion zu besorgen und in der Aktienbeteiligung an Industriegesellschaften nur ein Mittel zu einem speziellen Zweck, nicht ein System allgemeiner Industriepolitik zu sehen."

[125] Ähnliches gilt von dem Emissionsgeschäft, das, wie Juidels zeigt, starken Einflüssen der Konjunktur und der Konkurrenz unterliegt und sich daher als Basis stabiler Verbindungen zur Industrie wenig eignet. "Wesentlich auf Übernahmegeschäften die Verbindung mit industriellen Unternehmungen stützen zu wollen, hieße, auf die Dauer solcher Verbindung verzichten und die Übernahme von Emissionsgeschäften selbst noch mehr dem Zufall und dem Konkurrenzkampf aussetzen." [126]

Mit diesen Instrumenten sind aber erst die Formen umrissen, in denen die Beziehungen der Banken zur Industrie vor sich gehen können. Was die wirkliche Einwirkung der Banken auf die Industrie betrifft, so stellt Juidels zwei Fragen: "1. üben die Banken einen Einfluß auf den Fortschritt der industriellen Konzentration aus? und 2. ergreifen sie selbst die Initiative oder überlassen sie diese der Industrie, deren Tendenzen sie nur folgen?" [127] In der Beantwortung dieser Fragen unterscheidet er zwischen dem Verhältnis zu Einzelwerken, zu "Kollektivunternehmungen" (Loewekonzern, Elektrizitätsgesellschaften, Kleinbahnwesen) und schließlich zu ganzen Industriezweigen.

Bezüglich der Einzelwerke kommt Juidels zu dem Schluß, daß die Stellung der Banken "im ganzen eine passive" [128] ist. Er stellt den allgemeinen Satz auf, "daß die Industrieunternehmungen - die großen mit kompliziertem Geschäftsbetrieb am meisten - sich nach technischen Prinzipien entwickeln, aus eigenem Antrieb, mit eigener Initiative, aber vielfach mit dem Geld und der anderweitigen Unterstützung der Banken; wenn hier eine Konzentration der Industrie zu beobachten ist, so wird sie von den Banken nur erleichtert, nicht positiv veranlaßt." [129]

Ganz ähnlich sieht Juidels das Verhältnis der Großbanken zu den "Kollektivunternehmungen". Er wendet sich dagegen, die Ursache für den raschen Konzentrationsprozeß etwa der Elektroindustrie im "Einwirken neuer Kräfte, die man dann in den Banken sucht" [130], zu sehen. Vielmehr liege die Ursache für die größere Rolle der Banken hier nur darin, "daß die Entwicklung dieser Unternehmungen durch ihr schnelles Tempo und ihre Vielseitigkeit einen außergewöhnlich großen Kapitalbedarf erzeugt und mit so vielen finanziellen Transaktionen verbunden ist, daß den Banken weit mehr Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben wird als in anderen Industrien. Der Standpunkt der Banken, das einzelne Werk unter normalen Verhältnissen sich selbst zu überlassen und nur da helfend einzugreifen, wo sie als Institute der Kreditvermittlung und Kapitalinvestierung benötigt sind, kann dabei unverändert bleiben." [131] Für die beiden bisher betrachteten Fälle gilt grundsätzlich: "Ein planvolles unmittelbares Einwirken auf die industrielle Entwicklung hat sich im Verhältnis der Banken zur Industrie nicht herausgebildet: die industrielle Initiative ist *nicht* auf die Banken übergegangen." [132]

Was Juidels bezüglich des Verhaltens der Großbanken gegenüber ganzen Industriezweigen feststellt, ist eine bestimmte

"Industriepolitik", nämlich die bewußte Förderung der Konzentration. Hierzu rechnet er auch das Verhalten gegenüber den Kartellen, dem Kohlensyndikat und dem Stahlwerksverband, betont aber aufgrund der bisherigen Erfahrungen: "Für jede Art von Kartellen, zu denen die Banken in Beziehung treten, und für jede Form, in der sie dies tun, selbst für die rein bankgeschäftliche Maßnahme der Errichtung eines Syndikatskontors, gilt der allgemeine Satz, daß der treibende Faktor die Industrie ist, deren Entwicklung sich die Banken durchaus anpassen." [133] Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Entwicklung liefe darauf hinaus, daß die Großbanken die Leitung der gesamtgesellschaftlichen Produktion übernehmen, sagt er: "es liegt den Großbanken fern, eine allgemeine industrielle Gestaltung von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus planvoll anzustreben. Selbstverständlich bedauern die Banken, daß im wirtschaftlichen Leben nicht ewiger Sonnenschein herrscht, besprechen sie in ihren Geschäftsberichten warnend oder resigniert die drohende oder eingetretene Überproduktion, aber Grundsätze, wie man das eine herbeiführen, das andere vermeiden könnte, haben sie nicht. Mit der Richtung auf industrielle Konzentration ist ihr zielbewußtes Einwirken erschöpft." [134] Was Jeidels auch in diesem Fall nachzuweisen versucht, ist die Tatsache, daß "die Industriepolitik der Großbanken im wesentlichen von der Industrie diktiert wird" [135].

Als Kontrast zu diesem Bild stellt Jeidels bestimmte Aktionen deutscher Großbanken im Ausland dar. "Die Bestrebungen der deutschen Großbanken, einen Teil der Petroleumindustrie, die rumänische im Mittelpunkt, unter ihrer Herrschaft zu organisieren, stellen - prinzipiell betrachtet - das Maximum an Initiative und eigener industrieller Betätigung dar, das die Großbanken bisher in Deutschland und im Ausland aufzuweisen haben." [136] Im einzelnen wird beschrieben, "wie eine Bank alle zur Schaffung einer Industrie erforderlichen Kräfte technischer, finanzieller kaufmännischer Art systematisch in kurzer Zeit in einer Weise in Bewegung setzt, wie es einem Industrieunternehmen oder kleineren Finanzmächten kaum ebenso gelingen wird." [137] In Rumänien ein Maximum an Initiative bei der Schaffung einer Industrie - in Deutschland eine Industriepolitik, die im wesentlichen von der Industrie diktiert wird: die Ursache für diesen Unterschied sieht Jeidels in dem verschiedenen Entwicklungsgrad der industriellen Produktion selbst. Während in Deutschland die große Industrie bereits besteht, deren Kreditansprüchen sich die Banken anpassen müssen, konnten diese in einem rückständigen Land, wie Rumänien es war, mit weitaus größerer Selbständigkeit operieren. "Es liegen also bei der industriellen Betätigung der Banken im Ausland Bedingungen vor, die für ihre inländischen Industriebeziehungen nicht existieren." [138] Auslandsanlagen in industriell entwickelten Ländern bestätigen diese Erklärung, so die "Emissionstätigkeit für nordamerikanische Bahnen, die keinen entscheidenden und nachhaltigen Einfluß auf diese herbeiführt (...). Der Unterschied der beiden Länder (USA und Rumänien - d. V.) an Kapitalreichtum, an wirtschaftlicher, politischer, gesamter kultureller Entwicklungsstufe liegt dieser verschiedenen Stellung der deutschen Bankwelt zugrunde." [139]

Das Bild von den "Beherrschern der Industrie" und "allmächtigen Monopolinhabern", zu denen die Banken anwachsen, wird von Jeidels, der, wie Lenin mit Recht sagt, "die Dinge am eingehendsten studiert hat", nicht gestützt. In vielfältiger Form weist er auf die Grenzen hin, innerhalb derer sich die Banken bewegen. Ihre Abhängigkeit von der Industrie tritt gerade da hervor, wo die große Industrie am weitesten entwickelt ist. Die Macht, die sie durch die Verfügung über das disponible Kapital der Gesellschaft erhalten, bleibt gebunden an die wechselnden Verwertungsbedingungen eines Reproduktionsprozesses, den sie nicht bestimmen, dem sie sich aber anpassen müssen. Von der Auffassung, die Banken könnten durch "bewußte Regelung" objektive Gesetze beschneiden, ist Jeidels weit entfernt. Auch einer "Verschmelzung" von Bankkapital und Industriekapital in dem Sinne, daß die Banken selbst Industrielle werden oder über das industrielle Kapital "verfügen", hat er nicht das Wort geredet; "die Gestalt dieser Kreditvermittlung und damit auch die Organisation der Banken haben sich mit der großkapitalistischen Industrieentwicklung verändert, ihrem Wesen nach ist die Bank aber geblieben, was sie war: Kreditinstitut." [140] Ihrem Wesen nach bleibt die Bank außerhalb des unmittelbaren Reproduktionsprozesses, auf den sie im wesentlichen reagiert; selbst ihr zielbewußtes Eingreifen in Richtung auf industrielle Konzentration besteht nur darin, daß "die Großbanken die Politik der Industrie zu der ihrigen" [141] machen.

Was das Wort "Verschmelzung" auf den ersten Blick ausdrückt, ist das Entstehen einer gleichförmigen Substanz, in der die Unterschiede ursprünglich getrennter Dinge verloren gehen. Insofern ist es geeignet, bildlich auszudrücken, daß Kreditinstitut und Industrieunternehmung eins werden, die grundsätzliche Abhängigkeit des Kreditwesens vom Produktionsprozeß nicht mehr wiederzugeben und so Raum zu schaffen für die umgekehrte Idee, daß allmächtige Monopolbanken die Industrie beherrschen. [142] Für eine differenzierte Betrachtung der Verbindungen von Bank und Industrie, wie wir sie bei Jeidels finden, ist dieser Begriff untauglich. Wie wenig er auf konkreten Untersuchungen fußt, zeigt zudem ein Blick in andere Länder. Jeidels hatte seine Studie bewußt auf deutsche Verhältnisse beschränkt, "diese Zusammenhänge für Österreich und Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die in dieser Hinsicht verschiedene Typen darstellen, aufzuklären, ist selbstverständlich Aufgabe besonderer Untersuchung". [143]

c) Das englische Bankwesen

Im Unterschied zum deutschen Universalbanksystem ist das englische Bankwesen durch eine reich gegliederte Arbeitsteilung gekennzeichnet. Die großen Aktienbanken waren reine Depositenbanken, d.h. sie waren auf den ersten der beiden oben genannten Geschäftsbereiche spezialisiert: sie nahmen Depositen herein und betrieben das kurzfristige Kreditgeschäft. Dagegen wurde das Emissions- und Anlagegeschäft von speziellen Kapitalanlagegesellschaften betrieben, Investment Trusts, die wiederum keine regulären Bankgeschäfte (in der Art der Depositenbanken) betrieben und überhaupt nicht als Banken angesehen wurden. Das Kapitalanlagegeschäft außerhalb Englands war wiederum Aufgabe spezieller Banken, der Übersee- und Kolonialbanken, während die großen britischen Depositenbanken außerhalb Englands kaum in Erscheinung traten. Das internationale Bankgeschäft, Finanzierung des britischen Importhandels, Vermittlung des internationalen Wechselverkehrs, Emission ausländischer Staatsanleihen wurde von den Merchant Bankers gepflegt; die Merchant Banks waren private Bankhäuser, die aus Handelsfirmen entstanden waren, die seit dem 18. Jahrhundert ins Bankgeschäft eingedrungen waren. Keine der hier genannten Banken betrieb das Emissions- und Anlagegeschäft für die englische Industrie. "Es ist bekannt, daß die englischen Banken keine Wertpapiere emittieren (...) aber auch die Privatbankiers (...), die großen Finanziers und Maklerfirmen, nehmen regelmäßig nicht das geringste Interesse an heimischen Industriewerten." [144] Wenn der Begriff des "Finanzkapitals", obgleich in theoretisch falscher Weise, immerhin deutsche Verhältnisse widerspiegelt, so erweist er sich angesichts des englischen Bankwesens als falsche Verallgemeinerung. Universalbanken, die dauernde und intensive Verbindungen zur Industrie pflegen, gab es in England nicht. Riesser, aus dessen Werk über "die deutschen

Großbanken und ihre Konzentration" Lenin mehrfach zitiert, schreibt: "Allerdings steht fest, daß die englischen Joint Stock Banks (Aktienbanken - d. V.), wie es die Theorie verlangt, direkt dem Gründungs- und Emissionsgeschäft und der Börsenspekulation ferngeblieben sind. Damit ist aber zunächst der große Übelstand verbunden, daß sie auch keinerlei Interesse an den neu gegründeten Gesellschaften und den von diesen emittierten Werten nahmen und nehmen, während es ein besonderer Vorzug des deutschen Systems ist, daß die deutschen Banken, schon im Interesse ihres Emissionskredits, die Entwicklung der von ihnen gegründeten Gesellschaften dauernd kontrollieren." [145]

Am Rande deutet Riesser hier an, daß dem englischen Bankwesen eine eigene Theorie entsprach. Nach englischer Auffassung gehörte der langfristige Anlagekredit gar nicht zum Bankwesen. "Reguläres" Bankgeschäft war nur der kurzfristige Kredit, und nur dieses war soliden Banken gestattet. Für diesen Geschäftszweig hatten sich feste Grundsätze und Regeln herausgebildet, an die jeder Bankier sich halten konnte und die er im eigenen Interesse auch befolgte. [146] Etwa bis zum Ende des 19.

Jahrhunderts herrschte auch in der deutschen bürgerlichen Ökonomie die Auffassung vor, das eigentliche, legitime Bankwesen sei das englische, dagegen sei das Gründungs- und Emissionsgeschäft nicht Sache der Bank. [147]

Aber in Deutschland hatte die Realität längst andere Wege beschritten, und die Theorie mußte dem Rechnung tragen. Es entstand eine umfangreiche Literatur zu der Frage, ob Universalbanken oder spezialisierte Banken die Aufgaben eines Kreditinstituts besser erfüllen. [148] Man studierte die geschichtliche Entwicklung der deutschen Banken, verfolgte deren Konzentrationsprozeß und die Entwicklung ihrer Beziehungen zur Industrie, verglich die Stabilität und Leistungsfähigkeit des deutschen Bankwesens mit dem anderer Länder, insbesondere Englands, untersuchte die Finanzierungsgesellschaften im Ausland (die nicht Banken zu sein brauchten) und bemühte sich, Grundsätze, Leitlinien und Ratschläge für das Universalbankwesen zu entwickeln. In diesen Zusammenhang gehören u.a. die Arbeiten von Schulze-Gävernitz, Jeldels und Riesser, die den Typ der Universalbank befürworteten. Dabei wurde aber auch deutlich, daß es unterschiedliche historische Voraussetzungen waren, die den verschiedenen Banksystemen zugrunde lagen. Riesser schreibt z. B.: "Die deutschen Banken haben sich (...) von Anfang an in engstem Zusammenhang mit dem noch geringen Vermögen der Bevölkerung und mit den Bedürfnissen der deutschen Industrie und des deutschen Handels, direkt entgegen dem englischen System entwickelt, welches seinerseits in enger Verbindung mit den englischen Bedürfnissen, mit der in England vorhandenen Verkehrs- und Kreditkonzentration und dem englischen Reichtum - alles Momente, die in Deutschland fehlen - von Anfang an eine scharfe Trennung der Depositenbanken von den übrigen Banken durchgeführt hat." [149]

Der Umbruch in der deutschen bürgerlichen Theorie fand einen bestimmten Niederschlag und eine besondere Verarbeitung in den Ideen Hilferdings, der versucht, diesem Prozeß der Herausbildung des deutschen Universalbankensystems in marxistischem Vokabular theoretische Gestalt zu verleihen. Da er, wie sich zeigen wird, dabei das zinstragende Kapital überhaupt und speziell die Emissionstätigkeit der Banken mit dem Wucher verwechselt, ist es nötig, die Rolle, die das Wucherkapital in der Marxschen Theorie spielt, kurz zu erläutern.

Marx zählt das Wucherkapital zu den vorsintflutlichen Formen des Kapitals, die der kapitalistischen Produktionsweise lange vorausgehen. Es ist eine Form des zinstragenden Kapitals, aber charakterisiert durch die nichtkapitalistischen Borger: einerseits "verschwenderische Große, wesentlich Grundeigentümer;" andererseits kleine, ihre eigenen Produktionsmittel besitzenden Produzenten, "worin der Handwerker eingeschlossen, aber ganz spezifisch der Bauer". [150] Dagegen ist für das zinstragende Kapital auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, wie oben bereits erwähnt, das Verleihen an Kapitalisten charakteristisch. Mit der Entwicklung des modernen Kredit- und Bankwesens, das sich im Kampf gegen das Wucherkapital herausbildet, wird das zinstragende Kapital den Bedingungen und Bedürfnissen der kapitalistischen Produktionsweise angepaßt.

Dagegen behält das zinstragende Kapital die Form von Wucherkapital "gegenüber Personen und Klassen oder in Verhältnissen, wo nicht im Sinn der kapitalistischen Produktionsweise geborgt wird und geborgt werden kann; wo aus individueller Not geborgt wird wie im Pfandhaus; wo dem genießenden Reichtum für Verschwendung geborgt wird; oder wo der Produzent nichtkapitalistischer Produzent ist, kleiner Bauer, Handwerker etc., also noch als unmittelbarer Produzent Besitzer seiner eigenen Produktionsbedingungen; endlich wo der kapitalistische Produzent selbst auf so kleiner Stufenleiter operiert, daß er sich jenen selbst arbeitenden Produzenten nähert." [151] Das Wucherkapital ist also nicht die für die kapitalistische Produktionsweise charakteristische Form des Kapitals; wo es herrscht, weist es auf vorkapitalistische Produktionsverhältnisse hin.

Hilferding weiß, daß in England "die Depositenbanken nur Zirkulationskredit vermitteln" [152]. Mit diesem "Zirkulationskredit" ist der kommerzielle Kredit gemeint, der Kredit, den sich "die in der Reproduktion beschäftigten Kapitalisten untereinander geben" [153], wie Marx sagt, und der sich mit dem Geldkredit der Bank verbindet. Von seiten der Bank handelt es sich also hier um das kurzfristige Kreditgeschäft, das "echte" Bankgeschäft nach englischer Theorie, das in Hilferdings Konzeption nun eine doppelte Rolle spielt: erstens erhebt er die Form der englischen Depositenbank zu allgemeinen Bestimmung des Bankkapitals, zweitens beschränkt er die Unterordnung des zinstragenden Kapitals unter die Bedingungen der kapitalistischen Produktion auf die Vermittlung des kommerziellen Kredits:

"Das Wucherkapital wird dem Industriekapital untergeordnet (...) Als Bankkapital vermittelt es die Kreditoperationen unter den Produktiven." [154] "Es" ist im letzten Satz immer noch das Wucherkapital, das Hilferding hier mit dem zinstragenden Kapital überhaupt verwechselt und das jetzt in der Form der englischen Depositenbank auftritt, in der es, statt zu wuchern, als bescheidener Vermittler sich mit Wechselgeschäften und dergleichen begnügen muß. Geht nun das verkappte Wucherkapital dazu über, Anlage- und Emissionsgeschäfte zu tätigen, langfristige Kredite für Anlage von fixem Kapital zu gewähren, so wächst es nach Hilferding bereits aus der Form des "Bankkapitals" - obwohl in Wirklichkeit nur aus der Form der englischen Depositenbank - heraus und hebt damit zugleich die Unterordnung unter das industrielle Kapital - in Wirklichkeit nur die Beschränkung auf das "reguläre" Kreditgeschäft - auf. Denn mit dem langfristigen Kredit für fixe Kapitalanlagen "ändert sich aber zugleich die Stellung der Banken zur Industrie." [155] "Aus dem augenblicklichen Interesse wird ein dauerndes Interesse, und je größer der Kredit, je mehr vor allem der Anteil des in fixes Kapital verwandelten Leihkapitals überwiegt, desto größer und desto bleibender dieses Interesse.

Gleichzeitig wächst aber der Einfluß der Bank auf das Unternehmen (...)" [156] Mit der Entwicklung der Aktiengesellschaften und dem Emissionsgeschäft schließlich streift das Wucherkapital die Formen der Unterordnung unter die kapitalistische Industrie endgültig ab und kommt wieder zu sich selbst. Wie es früher die kleinen Produzenten aussaugte und das reiche

Grundeigentum ruinierte, so jetzt die große Industrie:

"Die Mobilisierung des Kapitals und die stets stärkere Ausdehnung des Kredits ändert allmählich die Stellung der Geldkapitalisten vollständig. Die Macht der Banken wächst, sie werden die Gründer und schließlich die Beherrscher der Industrie, deren Profite sie als Finanzkapital an sich reißen, ganz wie einst der alte Wucher in seinem 'Zins' den Arbeitertrag des Bauern und die Rente des Grundherrn. Der Hegelianer könnte von Negation der Negation sprechen: Das Bankkapital war die Negation des Wucherkapitals und wird selbst vom Finanzkapital negiert. Dieses ist die Synthese des Wucher- und Bankkapitals und eignet sich auf einer unendlich höheren Stufe der ökonomischen Entwicklung die Früchte der gesellschaftlichen Produktion an." [157]

Daß Hilferding die Gründertätigkeit, das Emissionsgeschäft und den Handel mit Effekten dem Wuchergeschäft gleichsetzt, fußt wieder auf der Polemik der älteren deutschen Ökonomen, die die englische Banktheorie vertraten. Schäffle sprach von dem "durchaus wucherischen und destruktiven Betriebe" der im Effektengeschäft engagierten Banken, und Adolf Wagner erklärte, daß diese ihre Gewinne "doch vornehmlich der Ausbeutung von Leichtsinns, Unerfahrenheit und Gewinnsucht der am Börsenspiel sich beteiligenden Volkskreise verdanken." [158] Die Universalbank war in der Tat eine "Synthese", indem sie das "reguläre" Kreditgeschäft mit dem Effektengeschäft verband und beide Arten der Kreditvermittlung unter einem Dach anbot. Wenn Hilferding das "Finanzkapital" als "Synthese des Wucher- und Bankkapitals" bezeichnet, so verdolmetscht er nur den Standpunkt der älteren bürgerlichen Ökonomie in Deutschland, die in den Universalbanken eine Verquickung des "eigentlichen" Bankgeschäfts mit wucherischer Spekulation sah. Daraus ergibt sich dann die Ansicht, daß mit der Entstehung des Universalbanksystems in Deutschland der alte und eigentliche Kapitalismus, der sich in der englischen Banktheorie widerspiegelt, von einem neuen Kapitalismus abgelöst wird, den die Theorie des "Finanzkapitals" beschreibt.

In dieser Art und Weise, in der Hilferding eine besondere historische Entwicklung mit allgemeinen Begriffen der Marx'schen Politökonomie zu fassen versucht, haben sich uns eine Reihe weiterer Fehler gezeigt: Hilferding verwechselt das zinstragende Kapital überhaupt mit dem Wucherkapital, beschränkt das Bankkapital auf die besondere Form der englischen Depositenbank, verwechselt die Vermittlung des kommerziellen Kredits mit der Unterordnung des zinstragenden Kapitals unter die kapitalistische Produktionsweise, während das Emissionsgeschäft als Wucher verstanden wird, der den Bedingungen der kapitalistischen Produktion nicht mehr untergeordnet ist. All diesen Fehlern liegt dieselbe Methode zugrunde, besondere historische Formen falsch mit allgemeinen Begriffen zu identifizieren, die Marx als "notwendig zur Charakterisierung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt" [159] ansah. Die besonderen Formen, die sich in Deutschland entwickelten, schienen daher eine qualitative Änderung im allgemeinen Charakter der Produktionsweise anzuzeigen, einen Vorgang, der sich Hilferding als "notwendig und unumgänglich, weil den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung entspringend" [160] darstellte.

Ausgehend von dieser falschen Verallgemeinerung und ihrer grundsätzlichen Bedeutung sah auch Lenin in der von Jeidels beschriebenen Herausbildung der Universalbanken und ihrer Beziehungen zur Industrie einen qualitativen Wendepunkt, der über den Kapitalismus schlechthin hinausführte: "Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals." [161] Die fehlerhafte Auffassung des Wucherkapitals und seiner Entwicklung, wie Hilferding sie beschrieben hatte, wird man unschwer wiedererkennen in dem Satz: "Der Kapitalismus, der seine Entwicklung als kleines Wucherkapital begann, beendet seine Entwicklung als riesiges Wucherkapital." [162] Hier wendet Lenin Hilferdings Theorie auf Frankreich an, wo nach seiner Ansicht eine "besonders rasche Entwicklung des Finanzkapitals" [163] vor sich ging und der qualitative Unterschied zwischen der Epoche des Industrie- und der des Finanzkapitals besonders plastisch hervortreten schien.

d) Der französische Rentnerstaat

Zur Darstellung des französischen Finanzkapitals benutzte Lenin die Polemik von Lysis "Gegen die Finanzoligarchie in Frankreich". Das Bild, das dieser von der französischen Finanzoligarchie zeichnete, zeigt gleichzeitig, was er ihr vorwirft: "Sechs deutsche Banken sind in den Aufsichtsräten der 113 wichtigsten Industriegesellschaften Deutschlands vertreten, Bergbau, Hüttenindustrie, Elektrizität, chemische Produkte (...). Nichts dergleichen existiert bei uns." [164] Unsere Banken "widmen sich keinem langfristigen Unternehmen, sie lenken den Gang keines einzigen Unternehmens, weder in Frankreich noch im Ausland." [165] "(...) sie tauchen unser Land in einen Zustand ökonomischen Todes (...) In der Tat, wie könnte sich die Industrie auch entwickeln, wie könnten neue Unternehmungen in Frankreich gegründet werden, da doch alles disponible Kapital systematisch in Ausland exportiert wird?" [166] Was Lysis der französischen Finanzoligarchie zum Vorwurf macht, ist gerade deren "Weigerung", mit der französischen Industrie zu "verschmelzen". Im einzelnen freilich enthält die Streitschrift manche Übertreibung [167], doch fand sie in Frankreich starken Widerhall und wirft ein Schlaglicht auf die besonderen Verhältnisse dieses Landes.

Nach geringen Anfängen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts [168] hatte die Industrialisierung während des 19. Jahrhunderts nur verhältnismäßig langsame Fortschritte gemacht. Auf die Gründe kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Es sei nur auf den einen charakteristischen Umstand verwiesen, daß mit der Französischen Revolution aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums das freie Parzelleneigentum selbstwirtschaftender Bauern hervorgegangen war. Während zum Vergleich in England die freie Bauernschaft bereits etwa um 1750 verschwunden war [169], hielt sich in Frankreich die Abwanderung vom Land auch im 19. Jahrhundert in sehr engen Grenzen, so daß Engels 1877 noch von einem Kleinbauertum sprechen konnte, "das die große Masse der französischen Bevölkerung bildet" [170].

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschte in der französischen Wirtschaft das Familienunternehmen vor. [171] Aktiengesellschaften hatten nur geringe Verbreitung gefunden. [172] Zur Bildung von Kartellen kam es nur vereinzelt. [173] Die Kapitalbasis selbst führender Werke der Schwerindustrie war vergleichsweise gering. [174] Das langsame Tempo der Akkumulation zeigte sich auch darin, daß ihre bevorzugte Form die Selbstfinanzierung war; Bankkapital wurde kaum in Anspruch genommen.

"Von den 300 Mill., die 1900 - 1912 für Neuanlagen aufgewendet wurden, kamen nur 20 Mill. von den Banken und ihren Kunden. Deshalb fehlt die sachliche und persönliche Verflechtung der Schwerindustrie mit den großen Kreditinstituten. Die Werke sind unabhängig geblieben, aber sie haben sich dafür auch Beschränkungen auferlegen müssen, wenn es sich um die Ausdehnung ihrer Anlagen handelte." [175] Was hier von Schwerindustrie gesagt wird, gilt in noch größerem Maße für andere

Zweige der französischen Wirtschaft.

Marx bemerkte einmal, daß "in Ländern, wo das industrielle Kapital noch nicht vollständig entwickelt ist, wie in Frankreich", die Neigung besteht, das zinstragende Kapital als die "Grundform des Kapitals" oder als das Kapital "par excellence" zu halten [176], - eine Neigung, die sich in Frankreich praktisch niederschlug. Das Profitstreben, das sich nur mäßig in der Neuanlage zusätzlichen produktiven Kapitals ausdrückte, äußerte sich um so mehr - zunehmend seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - in der Anlage festverzinslicher Wertpapiere und urbanem Häuserbesitz. [177] "Der Staat trug das Seine dazu bei, indem er - bereits seit Napoleon III. - in zunehmendem Maße Anleihen lancierte und sich damit diese wegen des weitgestreuten Wertpapierbesitzes breite, durch Spekulation auf Profitmaximierung erpichte Bourgeoisie verpflichtete und an sich band. So zurückhaltend sich diese Bourgeoisie verhielt, wenn es um die Entwicklung des Produktionsapparats ging, so kühn, zunächst sogar geradezu abenteuerlich agierte sie, wenn es sich um Anlagen im Ausland handelte (...)" [178] An Versuchen, das disponible Kapital der Gesellschaft für die Entwicklung der Industrie zu nutzen, hat es nicht gefehlt. 1852 wurde der *Crédit Mobilier* gegründet, eine der ersten Universalbanken überhaupt; mit ihm verbanden seine Gründer, ehemalige Vertreter der saint-simonistischen Schule, das Ziel, durch Gründung von Industrieunternehmungen und langfristige Finanzierung der Industrie nicht nur zur Entwicklung der französischen Wirtschaft beizutragen, sondern ein allgemeines Banken- und Kreditsystem zu schaffen, das die Leitung und Regulierung der gesamten Produktion ermöglicht. Marx sah im *Crédit Mobilier* "eine Form, die übrigens nur in einem Land wie Frankreich vorherrschend werden konnte, wo weder das Kreditsystem noch die große Industrie zur modernen Höhe entwickelt waren". [179] Sein Bankrott im Jahre 1867 blieb nicht der einzige Rückschlag, den die französischen Banken im langfristigen Anlagegeschäft und der Spekulation mit Effekten erlitten. Der Konkurs der "*Société de l'Union Générale*" im Jahre 1882, der eine Panik an der Börse und eine allgemeine Bankenkrise auslöste, bedeutete einen Wendepunkt für das französische Bankwesen. Seit dieser Zeit etablierte sich in Frankreich eine Trennung in Depositenbanken und Emissionsbanken (wenn auch nicht in ganz scharfer Form). [180] Die großen Banken wie der *Crédit Lyonnais* und die *Société Générale*, die infolge der Krise schwere Verluste erlitten hatten, bauten ihre langfristigen Kredite ab und wurden - am ausgeprägtesten der *Crédit Lyonnais* - zu Depositenbanken. Aber auch die Emissionsbanken, die im übrigen erheblich kleiner waren als die genannten Depositenbanken, hatten an der französischen Industrie kaum Interesse und waren nur ganz vereinzelt an Industriegesellschaften beteiligt. [181] Dieses geringe Interesse deckte sich aber mit der schwachen Nachfrage der Industrie nach langfristigen Krediten und der geringen Zahl der Aktiengesellschaften.

Grundsätzlich ist jedenfalls festzustellen, daß der Typ der Universalbank aufgegeben worden war. An die Stelle engerer Beziehungen zur Industrie Frankreichs trat das ausländische Anlagegeschäft, wobei wiederum nicht die direkte Industriefinanzierung, sondern Staatsanleihen dominierten. [182] "Wenn die Anlagebanken sich stärker im Ausland als daheim engagierten, so lag das sicher nicht nur daran, daß sie sich hier mehr Gewinn erwarten konnten, sondern offensichtlich auch daran, daß die französische Industrie, in der es vor dem Ersten Weltkrieg nur relativ wenige Großunternehmungen gab, den reich alimentierten französischen Kapitalmarkt nur in ziemlich bescheidenem Umfang in Anspruch nahm." [183] Lysis stellt den Zusammenhang auf den Kopf, wenn er den Kapitalexpert der "Wucherer Europas" [184] für den "ökonomischen Tod" (auch eine seiner Übertreibungen) Frankreichs verantwortlich macht; Lenin folgt ihm darin: "Alle Verhältnisse des Wirtschaftslebens erfahren infolge dieser Wandlung des Kapitalismus eine tiefgehende Veränderung." [185] Die Reichlichkeit des französischen Leihkapitals war weder Ausdruck eines hochentwickelten, "überreifen" [186] Kapitalismus noch einer "besonders raschen Entwicklung des *Finanzkapitals*", sondern Begleiterscheinung einer zögernden industriellen Entwicklung und einer weitverbreiteten Bevorzugung zinstragender Anlagen.

Es entspricht den irreführenden Verallgemeinerungen Hilferdings, daß Lenin die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital sowie die Abhängigkeit der Industrie von den Banken an britischen und besonders französischen Banken zu demonstrieren versucht. Ausgehend von der Kontoführung für bestimmte Kapitalisten schreibt er: "Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich, daß eine Handvoll Monopolisten sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft unterwirft, indem sie - durch Bankverbindungen, Kontokorrente und andere Finanzoperationen - die Möglichkeit erhält, sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten *genau zu informieren*, dann sie zu kontrollieren, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal *restlos zu bestimmen*, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital rasch und in großem Umfang zu erhöhen usw." [187] Deutlicher läßt sich kaum ausdrücken, daß der Kapitalismus als eine auf Gesetzen beruhende Produktionsweise verschwunden ist und an seine Stelle die Allmacht der Monopolisten getreten ist. Denn wie können die "Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft" noch von den Gesetzen der Warenproduktion bestimmt sein, wenn sie einer Handvoll Monopolisten unterworfen sind? Diese bestimmen die Höhe der Einkünfte, die unter kapitalistischen Bedingungen durch die Produktion des Mehrwerts und die allgemeine Profitrate geregelt wird; sie erleichtern und erschweren den Kredit, der im Kapitalismus der Bewegung der allgemeinen Zinsrate unterworfen ist; sie bestimmen restlos das Schicksal der einzelnen Kapitalisten, das auf Basis des Kapitals der Konkurrenz unterworfen ist. Wenn eine Handvoll Monopolisten das wirklich kann, was Lenin ihr zuschreibt, dann bestimmen sie tatsächlich die gesamte Produktion der Gesellschaft, wenn auch nicht im Interesse der Allgemeinheit.

Als empirischen Beleg stellt Lenin eine Zunahme der Zahl der Niederlassungen, Filialen, Aktienbeteiligungen, Konten oder auch Briefe verschiedener Banken fest, um fortzufahren: "Diese einfachen Zahlen zeigen wohl anschaulicher als langatmige Betrachtungen, wie sich mit der Konzentration des Kapitals und dem Wachstum des Umsatzes die Bedeutung der Banken von Grund aus ändert." [188] Zwar zeigen die Zahlen die Ausdehnung der Tätigkeit der Banken, aber was für eine Tätigkeit sich ausdehnt, bleibt im einzelnen Fall zu prüfen. Daß der Hinweis auf die Filialnetze der englischen Großbanken [189] in die Irre führt, geht aus dem Abschnitt über das englische Bankwesen bereits hervor. Dasselbe gilt aber auch von den drei französischen Großbanken, die Lenin nennt. [190] Das *Comptoir National d'Escompte* war 1848 von vornherein als Depositenbank nach englischem Vorbild gegründet worden. Der *Crédit Lyonnais* und die *Société Générale* haben sich zur selben Zeit, in der sich die deutschen Banken zu Universalbanken entwickelten, aus der Industriefinanzierung zurückgezogen. Eine Kontrolle der französischen Industrie strebten sie weder an noch hatten sie die Mittel dazu.

"Eine der drei größten Banken Frankreichs, der '*Crédit Lyonnais*', schreibt Lenin, "hat z. B. ein besonderes Finanzstudienbüro

(Service des études financières) eingerichtet. Dort arbeiten ständig über 50 Personen - Ingenieure, Statistiker, Nationalökonom, Juristen (...) Die Folge ist einerseits eine immer größere Verschmelzung oder, nach einem treffenden Ausdruck N.I. Bucharins, ein Verwachsen mit dem Industriekapital, und andererseits ein Hinüberwachsen der Banken in Institutionen von wahrhaft 'universalem Charakter'" [191]

Auf die französische Wirklichkeit und den Crédit Lyonnais im besonderen trifft Lenins Folgerung nicht zu. Der Crédit Lyonnais war umgekehrt, infolge bitterer Erfahrungen, auf Vermeidung jeglichen Risikos und Vergrößerung der Sicherheit bedacht. In den Formulierungen, mit denen die Direktion ihre Schreiben an die russischen Filialen regelmäßig schloß, kommt die Scheu vor den Risiken industriellen Engagements deutlich zu Ausdruck: "Vermeiden Sie Risiken, vergrößern Sie ihre Sicherheitsmargen, vermehren Sie die klassischen Bankgeschäfte wie das Diskontgeschäft, enthalten Sie sich jedes gewagten Engagements gegenüber den Industriellen!" [192] Das klassische Bankgeschäft ist das "reguläre" Bankgeschäft der englischen Banktheorie; diese Klassik war das Vorbild des Crédit Lyonnais.

Schlußbemerkung

In theoretischer Hinsicht besteht der zentrale Punkt der hier vorgetragenen Kritik darin, daß die Konzeption eines monopolkapitalistischen Stadiums auf einem fehlerhaften Verständnis der freien Konkurrenz beruht. Diesem zufolge besteht die freie Konkurrenz in der Abstraktion von Hindernissen, speziell von Monopolen, deren Fehlen als selbständige Voraussetzung für die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze aufgefaßt wird und deren Auftreten dementsprechend der Verwirklichung der Gesetze zunehmend Schranken setzt. Wesentliche Züge des monopolkapitalistischen Stadiums - Allmacht der Monopole, Beschneidung der objektiven Gesetze, bewußte Regelung der Produktion trotz privater Aneignung - sind die Kehrseite dieser inhaltslosen, nur negativen Auffassung der freien Konkurrenz. Im Begriff des Finanzkapitals - der Banken, die zu allmächtigen Monopolinhabern angewachsen sind und über die gesamtgesellschaftliche Produktion in zunehmenden Maße verfügen - gewinnt dieses fehlerhafte Verständnis seinen zusammenfassenden Ausdruck. Es ist darin offensichtlich eingeschlossen, daß diese "Art neue Gesellschaftsordnung" kein Kapitalismus mehr ist. Ebenso offensichtlich ist es, daß Lenin damit in zentralen Punkten die Theorie Hilferdings in eigenen Worten wiedergibt.

Man mag dem entgegenhalten, daß sich die historische Realität um die Jahrhundertwende tatsächlich in der von Lenin beschriebenen Weise gewandelt hatte; daß die ökonomische Theorie von Marx auf das 19. Jahrhundert, auf das 20. Jahrhundert dagegen die Theorie Lenins - bzw. Hilferdings - zutrifft. Um so dringlicher wäre dann eine konkrete historische Untersuchung, die diesen Wandel belegt.

Tatsächlich war es Lenins eigene Zielsetzung, anhand möglichst vieler Äußerungen bürgerlicher Ökonomen die "neueste Ökonomik" des Kapitalismus darzustellen. [193] Der damit verbundene empirische Charakter der Schrift hat aber nicht nur den Nachteil, daß die grundsätzlichen Behauptungen über die neuen ökonomischen Verhältnisse des monopolistischen Stadiums nicht in ihrer theoretischen Problematik erfaßt und diskutiert werden, sondern weist selbst in zweifacher Hinsicht enge Grenzen auf. Einerseits führt die Übernahme zentraler Auffassungen Hilferdings dazu, daß Auswahl und Interpretation der Zitate bürgerlicher Autoren durch dessen theoretisches Verständnis vorgeprägt und begrenzt sind; andererseits ist die empirische Darstellung im großen und ganzen auf Deutschland beschränkt.

Selbst ein oberflächlicher Blick auf die ersten Kapitel der Imperialismusschrift zeigt, daß ein "Gesamtbild der kapitalistischen Weltwirtschaft", das zu zeichnen Lenin als Hauptaufgabe seines Werkes angegeben hatte [194], gerade für die tragenden Begriffe dieser Theorie auch nicht annähernd erkennbar ist. Ober England wird im ersten Kapitel nur die theoretische Ansicht von H. Levy vorgestellt, im zweiten Kapitel wird nur eine Zahlenangabe über Niederlassungen und Filialen englischer Banken gemacht, die in einem falschen Zusammenhang erscheint, im dritten Kapitel wird England praktisch nicht erwähnt - aber im vierten Kapitel wird der britische Kapitalexpert als Betätigung des britischen Finanzkapitals verstanden.

Zu Frankreichs Monopolkapitalismus findet sich im ersten Kapitel keine einzige Aussage, im zweiten Kapitel werden die französischen Depositenbanken fälschlich als Finanzkapital aufgefaßt, die Ausführungen im dritten Kapitel - unter Bezug auf Lysis - gehören dem Inhalt nach bereits vollständig zum vierten Kapitel, mit dem wiederum die Darstellung der internationalen Tätigkeit des französischen Finanzkapitals aufgenommen wird.

Es gibt nur ein einziges Land, mit dessen Darstellung Lenin alle Themen - vom Kartell bis zum Kapitalexpert - abdecken konnte: Deutschland.

Das hat in der Hauptsache objektive Gründe. Wenn auch in theoretisch verquerrer Form, hatte Hilferding *deutsche* Verhältnisse (obwohl auch in einigen anderen kontinentaleuropäischen Ländern und in den USA Universalbanken entstanden) unzulässig verallgemeinert. Kestner und Jaidels kommt in diesem Zusammenhang insofern eine wichtige Rolle zu, als Lenin zentrale theoretische Aussagen auf deren Arbeiten stützen will. Nimmt man deren Werke in ihrem ganzen Umfang und in ihrem eigenen Zusammenhang zur Kenntnis, so muß man feststellen, daß sie der Theorie eines neuen monopolistischen Stadiums grundsätzlich widersprechen, vielmehr eine empirische Stütze für die Richtigkeit des Marxschen "Kapitals" darstellen, von dessen Boden aus sie durchaus nachvollziehbar und begreifbar sind. Zu einem ähnlichen Befund führt die Lektüre der "deutschen Kreditbank" von Schulze-Gävernitz, von dem Lenin weniger die Darstellung des Kreditwesens selbst, als vielmehr die mit Hilferdings Theorie übereinstimmende Interpretation der Bankenkonzentration übernimmt, wie auch die Lektüre von Lysis, dessen "Finanzoligarchie" in Wirklichkeit nicht Ausdruck der von Lenin behaupteten "Verschmelzung" von Banken und Industrie ist.

Die Leninsche Theorie des Monopolkapitalismus ist nicht nur mit der Marxschen ökonomischen Theorie nicht vereinbar, ihr liegt auch keine hinreichende Untersuchung der Realität zugrunde. Man wird bei der notwendigen Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse des 19./20. Jahrhunderts - speziell des Imperialismus - genau das tun müssen, was Lenin nicht gelungen ist. Man wird vom Marxschen "Kapital" ausgehen und auf diesem Boden eine konkrete Untersuchung der historischen Wirklichkeit vornehmen müssen, die die Besonderheiten der verschiedenen kapitalistischen Länder berücksichtigt.

W. I. Lenin, Werke, Band 22. Berlin, 1974 (im folgenden: LW 22), S. 191

S. 193

S. 192

S. 270 f.

John A. Hobson, Der Imperialismus, London 1902

LW 22, S. 191

S. 307

S. 271

S. 271

S. 269 f.

S. 209

S. 270

S. 280

S. 212

S. 295

S. 281

S. 281

S. 271

S. 304

Siehe LW 24, S. 465

LW 22, S. 212

LW 24, S. 466

LW 29, S. 153

ebd.

LW 29, S. 154

Kautsky sprach 1908 vom "Hineinwachsen in den Zukunftsstaat". Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, Frankfurt 1972, S. 31 ff.

LW 22, S. 270

LW 22, S. 211

Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin, Band 25 (im folgenden: MEW 25), S. 886 f.

MEW 25, S. 887

ebd.

Diesen Schluß ziehen die Autoren des Werks "Imperialismus heute", indem sie behaupten, "daß für den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht dieses spontane Wirken der ökonomischen Gesetze, diese spontane Regulierung der Produktion und des Austausches, sondern ein umfassendes System der Regulierung im Maßstab der Volkswirtschaft charakteristisch ist." Autorenkollektiv, Imperialismus heute, Berlin 1965, S. 416 f.

LW 22, S. 211

S. 199

S. 271

S. 210 f.; "(?!)" von Lenin

S. 211

S. 211; Hervorhebung von Lenin

Kestner hat sich im wesentlichen auf die Betrachtung der Kartellbewegung in Deutschland beschränkt. Ein ausführlicher Vergleich der deutschen Verhältnisse mit der Kartell- oder Trustbildung in anderen Ländern - speziell etwa der USA - erfolgt im Rahmen dieses Artikels nicht und bleibt Aufgabe besonderer Untersuchungen. Als erster Schritt ist die Beschränkung auf Deutschland insofern berechtigt, als auch Lenin kaum über die Darstellung des deutschen Kartellwesens hinausgeht.

Fritz Kestner, Der Organisationszwang, Berlin 1912, S. 17

Kestner spricht von "konstanten" und "variablen" Kosten, d.h. Kosten, die bei Ausdehnung der Produktion konstant bleiben und solchen, die in diesem Fall ebenfalls zunehmen. Innerhalb gewisser Grenzen entspricht dies dem Unterschied von fixen und zirkulierenden Kapitalbestandteilen. Kestner, a. O., S. 15

S. 26

S. 27

S. 28

S. 33 ff.

S. 57; Kestner merkt an, dass Huber (in: "Die Kartelle") festgestellt hat, "da nirgends so viele neue Werke entstehenden, als dort, wo ein Syndikat ordnend eingriff". S. 57

S. 59

S. 7

S. VIII

S. 138

S. 139

S. 144

S. 145 f.

S. 152 f.

S. 153

S. 154

LW 22, S. 210; Lenins dritter Punkt: "Sperrung der Zufuhr" lautet bei Kestner: "Sperrung der Zufuhr- und Absatzwege" (S. 96). Die Sperrung der Zufuhr ist mit der Materialsperrung (Punkt 1) identisch. Die Sperrung der Transportwege hat in Deutschland - im Unterschied zu den USA - nur eine sehr begrenzte Rolle spielen können, da die Eisenbahnen fast ausschließlich in staatlichem Besitz waren (S. 97).

Kestner, a. O., S. 161 f.

S. 164

S. 255 f.

S. 256

S. 171

LW 22, S. 211

LW 22, S. 210

Kestner, a. a. O., S. 225

S. 225

S. 227

S. 229

S. 240

S. 254

LW 22, S. 209

MEW 25, S. 184

Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1974, (im folgenden: GR) S. 317

LW 21, S. 55

MEW 25, S. 872

LW 22, S. 295

S. 304

S. 223

S. 211

GR, S. 317

GR, S. 317

S. 454

S, 450

MEW 25, S. 769

S. 887

GR, S. 550

S. 307

LW 22, S. 270

MEW 25, S. 839

LW 22, S. 214

LW 22, S. 210

LW 22, S. 222

ebd.

Gero von Schulze-Gävernitz, Die deutsche Kreditbank, Tübingen 1922 (unveränderter Abdruck aus "Grundriß der Sozialökonomik"), S. 145

Schulze-Gävernitz, a. a. O., S. 146; vgl. LW 22, S. 309

LW 22, S. 309

MEW 25, S. 621; Schulze-Güvernitz kommentiert das Zukunftsbild Saint-Simons mit den Worten: "Marxismus anders, und doch nur in der Form anders, als Marx ihn sich dachte!" (a. a. O., S. 146; vgl. LW 22, S. 309) Lenin vermerkt dazu am Rand seines Auszugs: "auch Marxismus!!!"(LW 39, S. 35)

Schulze-Güvernitz, a. a. O., S. 76 f.

ebd. S. 100

ebd. S. 79

LW 22, S. 223

LW 39, S. 34

Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Frankfurt am Main - Küln, 1968, S. 322 / ders., Das Finanzkapital, Berlin, 1947, S. 319. Im folgenden wird in derselben Reihenfolge nach beiden Ausgaben zitiert.

LW 22, S. 230

MEW 25, S. 366

MEW 25, S. 362

MEW 25, S. 481

MEW 25, S. 454 f.

Hilferding, a. a. O., S. 309 / a. a. O., S. 305

MEW 25, S. 619 f.

MEW 25, S. 620

Bezüglich des Verhütnisses von staatlichem Überbau und ükonomischer Basis bedienten sich die Theoretiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus in "Imperialismus heute" desselben Verfahrens: "Die wirtschaftliche Tütigkeit des westdeutschen Staates ist zu einem immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses und damit zu einer im unmittelbaren Sinne ükonomischen Potenz geworden, ohne die der kapitalistische Reproduktionsprozeß nicht mehr vonstatten gehen kann." (a. a. O., S.138)

Hilferding, a. a. O., S. 310 / a. a. O., S. 307

LW 22, S. 214

LW 22, S. 230

LW 22, S. 270; An anderer Stelle setzt Lenin das "Weltfinanzkapital" einfach mit der Summe aller Wertpapiere gleich (S. 243 f.), so daß sich der Inhalt des Begriffs vüllig verflüchtigt.

Hilferding, a. a. O., S. 113, Fußnote / a. a. O., S. 98, Fußnote

LW 22, S. 212

LW 22, S. 226

Otto Jeidels, Das Verhütnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie, München und Leipzig, 1913, 2. unveründerte Auflage. S. 180; vgl. LW 22, S. 227

Jeidels, a. a. O., S. 50

ebd., S. 121

ebd., S. 150

ebd., S. 121

ebd., S. 112

ebd., S. 179 f.

ebd., S. 184

ebd., S. 198

ebd., S. 199

ebd., S. 222

ebd., S. 222

ebd., S. 250

ebd., S. 258

ebd., S. 269 f.

ebd., S. 153

ebd., S. 192

ebd., S. 197

ebd., S. 197

ebd., S. 187

ebd., S. 182

ebd., S. 268

Eine ühnliche Problematik findet sich spüter wiederum im Versuch, das Verhütnis von ükonomie und Staat neu zu bestimmen. Stalin hatte noch in der "Frage des Zusammenwachsens der Monopole mit dem Staatsapparat" argumentiert: "Der Ausdruck 'Zusammenwachsen' paßt nicht. Dieser Ausdruck stellt oberflüchlich und beschreibend die Annüherung der Monopole und des Staates fest, deckt aber nicht den ükonomischen Sinn dieser Annüherung auf. Es ist so, daß der Prozeß dieser Annüherung nicht einfach zum Zusammenwachsen führt, sondern zur Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole. Darum sollte man auf das Wort 'Zusammenwachsen' verzichten und es durch die Worte 'Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole' ersetzen." (Josef Stalin, ükonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Dietz-Verlag 1952; zitiert nach: J. Stalin, F. Behrens, J. Kuczynski, ükonomische Probleme des Sozialismus, Frankfurt 1972, S. 44) Unter Kritik an Stalins "Dogmatismus" wühlten spüter die Autoren von "Imperialismus heute" Formulierungen, die zwar auf das Wort verzichten, inhaltlich aber das "Zusammenwachsen" umschreiben, so z. B. "(...) die staatliche Tütigkeit (ist) auf lüngere Sicht berechnet in die ükonomischen Prozesse unmittelbar eingebaut und organisch aufs engste mit ihnen verbunden" (a. O., S. 138; vgl. auch S. 157 f.).

Jeidels, a. O., S. 13

Theodor Vogelstein, Die Industrie und der Kapitalmarkt, Bank-Archiv, 8. Jg. (1909), Nr. 22, S. 342; zitiert nach: Riesser, Die deutschen Großbanken und Ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, Glashütten im Taunus, 1971, S. 202 f. Fußnote (Unveründerter Nachdruck der Ausgabe Jena 1912)

Riesser, a. O., S. 444

Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1977, S. 310; Born gibt einen überblick über die Geschichte der Banken und Bankensysteme verschiedener Lünder.

siehe z. B. Johann Plenge, Die erste Anlagebank. Gründung und Geschichte des Crédit Mobilier, Essen, 1921, S. VIII

Umfangreiche Literaturhinweise finden sich bei Adolf Weber, Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens, München und Leipzig 1915 (1. Auflage 1902)

Riesser, a. O., S. 437

MEW 25, S. 608

MEW 25, S. 613 f.

Hilferding, a. O., S. 308 / a. O., S. 305

MEW 25, S. 496; Hilferding. a. O., S. 129 / a. O., S. 114

Hilferding, a. O., S. 310 / a. O., S. 307

Hilferding, a. O., S. 118 / a. O., S. 103

Hilferding, a. O., S. 119 / a. O., S. 104

Hilferding, a. O., S. 310 / a. O., S. 307

zitiert nach: Adolf Weber, a. O., S. 6; Schaffte, Kapitalismus und Sozialismus, S. 249; A. Wagner in: Sattler, Die Effektenbanken, Leipzig 1890, Vorwort S. VIII

MEW 25, S. 413

Hilferding, a. O., S. 98 / a. O., S. 398

LW 22, S. 229

LW 22, S. 237

LW 22, S. 273

Lysis (Pseudonym von Eugene Letailleur), Contre l'Oligarchie financiere en France, Paris, ohne Jahrgang; hier zitiert nach der 11. Auflage. Lenin wußte, wogegen sich Lysis wendet: "und viel Geschrei dagegen, daß die Banken die französische Industrie nicht unterstützen (...)" (LW 39, S. 210). "Six banques allemandes sont représentées dans les conseils d'administfation des cent treize plus importantes sociétés industrielles d'Allemagne, mines, métallurgie, électricité, produits chimiques (...). Rien de pareil n'existe chez nous." S. 16

"Et nos banques (...) elles ne se consacrent à aucune entreprise de longue haieine, elles ne dirigent pas et ne contrôlent la marche d'aucune entre-prise ni en France, ni à l'étranger." (S. 119)

"(...) elles plongent notre pays dans un état de mort économique (...) En vérite, comment l'industrie pourrait-elle se developper, comraent des entreprises nouvelles pourraient-elles être fondées en France, puisque tous les capitaux disponibles sont systématiquement exportes à l'étranger?" (S. 143 f.

Dem polemischen Charakter der Schrift dürft die Aussage geschuldet sein, die vier gröszlig;ten Banken bes&aml;ßen, wie Lenin schreibt, "nicht ein relatives, sondern ein 'absolutes Monopol' bei der Emission von Wertpapieren" und bildeten einen "Trust der Großbanken". (LW 22, S. 137) Zum einen meint Lysis nur die Emission aus&aml;ndischer Wertpapiere; zum anderen waren daran nicht nur die vier gröszlig;ten Banken beteiligt, womit die vier großen Depositenbanken gemeint sind, sondern auch eine Reihe französischer Emissionsbanken. Vgl. dazu Lysis selbst, a. O., S. 8; Born, a. O., S. 239 ff.

siehe Claude Fohlen, Die industrielle Revolution in Frankreich 1700 - 1914, in: Europ&aml;ische Wirtschaftsgeschichte, hrsg. von K. Borchardt, Band 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften, Stuttgart/New York, 1977, S. 87 ff.

MEW 23, S. 750

MEW 19, S. 132

Gilbert Ziebura, Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus 1871 -1914, in: W.J. Mommsen (Hrsg.), Der moderne Imperialismus, Stuttgart 1971, S. 85

Henri See, Französische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1936, 2. Band, S. 454

See, a. O., S. 459

See, a. O., S. 440

See, a. O., S. 440 f.

MEW 25, S. 622 f.

Ziebura, a. a. O., S. 88; 1897 schrieb der Finanzattache der russischen Botschaft in Paris, A. Raffalovitch, an seinen Minister S. Witte: "Die französische Industrie hat sich in unvorstellbarer Weise in ihrer Routine festgefahen. Paul Leroy-Beaulieu (Direktor des L'Economiste francais) sagt mir, daß alle großen Hüttenwerke beträchtliche Summen in Renten und Obligationen bei den Eisenbahnen festgelegt haben. Das ist ihr Reservefonds, aus dem sie Dividenden wie die Rentiers beziehen. In anderen Ländern ist es üblich, die Kapitale zur Verbesserung und Erneuerung des Maschinenbestandes zu verwenden und billiger zu produzieren," zit. nach René Girault, Ein neues Bild des französischen Unternehmers um 1914, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, hrsg. v. G. Ziebura u. Mitw. v. H.-G. Haupt, 1975

Ziebura, a. a. O., S. 88 f.

MEW 25, S. 619

See, a. a. O., S. 345

See, a. a. O., S. 350 f.

Born, a. a. O., S. 243

Born, a. a. O., S. 321

zitiert nach LW 22, S. 237

LW 22, S. 237

LW 22, S. 245

LW 22, S. 218

LW 22, S. 218

LW 22, S. 217

LW 22, S. 217 f.

LW 22, S. 226

zitiert nach Girault, a. a. O., S. 203

LW 22, S. 271

LW 22, S. 193